

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Winrich Kühne

Deutschland vor neuen Herausforderungen
in den Nord-Süd-Beziehungen

Manfred Wöhlcke

Die Ursachen der anhaltenden Unterentwicklung

Michael Richter/Cyrus Samimi

Agrarökologische Probleme der Tropen

Peter Moßmann

Voraussetzungen, Philosophie und Praxis der
Selbsthilfe in der Dritten Welt

B 46/91

8. November 1991

Winrich Kühne, Dr. jur., geb. 1944; Studium der Rechtswissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität in München und der Politischen Wissenschaft an der Universidad Nacional Autónoma de México; nach dem zweiten Juristischen Staatsexamen seit 1973 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen bei München.

Veröffentlichungen u.a.: Die Politik der Sowjetunion in Afrika. Bedingungen und Dynamik ihres ideologischen, ökonomischen und militärischen Engagements, Baden-Baden 1983; Südafrika und seine Nachbarn: Durchbruch zum Frieden. Zur Bedeutung der Vereinbarung mit Mozambique und Angola vom Frühjahr 1984, Baden-Baden 1985; zahlreiche Zeitschriftenaufsätze.

Manfred Wöhlcke, Dr. phil. habil., geb. 1942; Sozialwissenschaftler; Referent in der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen.

Veröffentlichungen u.a.: Umweltzerstörung in der Dritten Welt, München 1987; Der Fall Lateinamerikas. Die Kosten des Fortschritts, München 1989; Umwelt- und Ressourcenschutz in der internationalen Entwicklungspolitik, Baden-Baden 1990; Brasilien – Anatomie eines Riesen, München 1991³.

Michael Richter, Dr. rer. nat., geb. 1946; Studium der Geographie, Biologie und Bodenkunde in Bonn; seit 1987 Professor für physische Geographie am Institut für Geographie der Universität Erlangen-Nürnberg.

Veröffentlichungen u.a.: Natürliches Potential und agrarökologische Probleme im Soconusco und Motozintla-Tal/Südmexiko, Stuttgart 1986; Vegetationsdynamik und ökologischer Standortwandel in mediterranen Rebbrachen, Camerino-Baillieul 1989.

Cyrus Samimi, M. A., geb. 1963; Studium der Geographie, Geologie und Biologie in Erlangen; seit 1991 wiss. Mitarbeiter a. Z. am Institut für Geographie der Universität Erlangen-Nürnberg.

Veröffentlichungen u.a.: Die Oasenböden Figuigs (Marokko) unter dem Einfluß salzhaltigen Bewässerungswassers, Passau 1991.

Peter Moßmann, Dr. rer. soc., geb. 1945; 1972–1977 Entwicklungstätigkeiten in Kolumbien, Ecuador und Venezuela; seit 1984 Leiter des Instituts für Vergleichende Entwicklungspolitik in Bonn und Lissabon, in diesem Rahmen Gutachter in Pakistan, Äthiopien, Sudan, Bolivien und Mexiko.

Veröffentlichungen u.a.: Zu Landarbeitern, Migration, Entwicklung und Staat, Saarbrücken 1979; Bauernbewegungen, Frankfurt/M. – New York 1980; Ökologische Agrarpolitik, Saarbrücken 1984; Friedensprozeß in Kolumbien, München 1985; Autonome Entwicklungsprozesse, Lissabon 1990.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Deutschland vor neuen Herausforderungen in den Nord-Süd-Beziehungen

I. Vorbemerkung

Es ist noch nicht lange her, daß das Ende des Ost-West-Konflikts, der Zusammenbruch der Regime in Osteuropa und schließlich die Vereinigung der beiden deutschen Staaten Hoffnungen auf eine Welt ausgelöst haben, die friedlicher und kooperativer ist als die des Kalten Krieges. In der Dritten Welt wandelte sich die Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR in wenigen Jahren zu einem Verhältnis kooperativer Konfliktlösung. Dauerkonflikte wie die in Afghanistan, Namibia, Nicaragua, Mosambik, Angola, Äthiopien und Kambodscha konnten endlich beendet oder einer Beendigung zumindest nähergebracht werden. Gleichzeitig erfuhren die Vereinten Nationen (VN) eine beträchtliche Aufwertung als internationaler Ordnungsfaktor.

Im wiedervereinigten Deutschland gaben sich Volk und Regierung angesichts dieser Entwicklung der Hoffnung hin, dem schwierigen Geschäft der Vereinigung und einer Neuordnung Europas nachgehen zu können – in Ruhe und wenig behelligt von globalen Krisen. Der Golfkrieg hat dieser Illusion schnell ein Ende bereitet. Nicht mehr Stabilität, Kooperation und Frieden, sondern wachsende Instabilität, Eskalation und Ausweitung gewaltsamer ethnischer und religiöser Konflikte, Anwachsen von Flüchtlingsströmen und die Gefahr massenweiser Süd-Nord- ebenso wie Ost-West-Migration, mehr statt weniger Hungersnöten, alarmierende Zahlen über ein ungebremstes Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt ebenso wie ein dramatisches Anwachsen der Aids-Erkrankungen (insbesondere in Afrika) und von Umweltproblemen scheinen die Realität der Welt nach dem Ende des Kalten Krieges zu sein.

Die meisten der genannten Probleme waren natürlich auch schon während des Ost-West-Konflikts im Ansatz vorhanden und zu erkennen. Gerade Dritte-Welt-Experten haben immer wieder davor gewarnt, die Welt allein durch die Brille dieses Konflikts zu sehen. Dennoch hat erst sein Ende den Blick für das Ausmaß und die Dringlichkeit dieser Probleme freigegeben. Gleichzeitig haben Begriffe wie Erste, Zweite und Dritte Welt, die

zumindest eine grobe und auch für den Nicht-Experten faßbare Einteilung der Welt gewährleistet, endgültig ihre Aussagekraft verloren. Die einst monolithisch organisierte Zweite Welt, der kommunistische Ostblock, ist zusammengebrochen bzw. dabei, sich in etwas grundsätzlich anderes zu verwandeln. In der Dritten Welt haben wirtschaftliche Interessen und Unterschiede bei der Entwicklung politischer Systeme, von den sich schärfer ausdifferenzierenden kulturellen Unterschieden gar nicht zu reden, inzwischen eine Vielfalt erreicht, die der wirtschaftlichen Unterentwicklung als verbindendes Element immer weniger Gewicht gibt. Die Konkurrenz untereinander, nicht zuletzt hinsichtlich des wirtschaftlichen Zugangs zu den Industrieländern des Nordens, ist größer, als vielfach angenommen wird. Fragwürdig ist die Beibehaltung des Begriffs der Dritten Welt schließlich auch deswegen, weil weite Teile der Sowjetunion, Südosteuropas und Südeuropas hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Probleme von den traditionellen Entwicklungsländern immer weniger zu unterscheiden sind. Umgekehrt sind einige Staaten der Dritten Welt auf dem Wege, in den Kreis der Industrieländer einzurücken. Auch die Einteilung der Welt in „Norden“ und „Süden“ ist deswegen tendenziell irreführend, obwohl sie – mangels einer besseren Bezeichnung – in diesem Beitrag beibehalten wird. Der Begriff Dritte Welt dagegen wird nur noch rückblickend verwendet.

Die Deutschen trifft dieser verwirrende und unsichere Zustand des internationalen Systems in einer Phase, in der sie gerade erst angefangen haben, ihren Standort innenpolitisch ebenso wie in Europa und der Welt neu zu bestimmen. Das ist ein offener Prozeß. Forderungen wie die Deutschen müßten im Hinblick auf den Gebrauch der militärischen Macht „endlich wieder ein normales Volk“ werden¹⁾, sind dabei ebensowenig hilfreich wie die Sehnsucht einer Mehrheit der Bundesbürger, es der Schweiz (40 Prozent) oder dem Sozialstaat Schweden (29 Prozent) gleichzutun zu können²⁾. Der

¹⁾ Hans Joachim Veen, zit. in: Die Zeit vom 7. 6. 1991, S. 4.

²⁾ Vgl. Umfrage der Süddeutschen Zeitung (SZ), in: SZ-Magazin, Nr. 1 vom 4. 1. 1991, S. 8 ff.

Golfkrieg hat die große Kluft zwischen dem Bewußtsein der Deutschen und der übrigen Welt über ihre weltpolitische Rolle bewußt gemacht.

In der Europa-Politik und den atlantischen Beziehungen hat die deutsche Politik dennoch, trotz aller Unzulänglichkeiten im Detail, konzeptionell relativ schnell wieder Tritt gefaßt und in einigen Bereichen, zum Beispiel dem Ausbau der KSZE und der EG, sogar eine konstruktive Vorreiterrolle übernommen. Ganz anders jedoch in den „Nord-Süd“-Beziehungen: Zwar findet auch hier eine gewisse Anpassung an die veränderten Umstände statt; im wesentlichen wird aber auf der Basis alter Denkstrukturen und Institutionen operiert.

Das Ausmaß der Veränderungen und dementsprechend die Notwendigkeit zu einem weitreichenden Überdenken der deutschen Nord-Süd-Politik steht also noch am Anfang. Das gilt nicht nur für die

staatliche Politik, sondern auch für die Aktivitäten der Kirchen, Solidaritätsgruppen und anderer nicht-staatlicher Akteure. Auch die Frage, welche Relevanz der „Süden“ in der deutschen und europäischen Politik überhaupt noch hat, ist unklar. Das ist nicht überraschend. Denn nicht nur im Ost-West-Verhältnis, sondern auch in den „Nord-Süd“-Beziehungen vollzieht sich ein *Paradigmenwechsel*, der nur teilweise auf das Ende des Ost-West-Konflikts zurückzuführen ist.

Dieser Paradigmenwechsel, und nicht Detailfragen der deutschen Nord-Süd-Politik, steht im Mittelpunkt dieses Beitrags. Es geht um die Denkstrukturen, die die Politik bestimmen, und deren notwendige Veränderung. Findet diese statt, wird das eine beträchtliche Verschiebung der Schwerpunkte der deutschen Nord-Süd-Politik zur Folge haben, wie am Schluß an zwei Beispielen gezeigt werden soll.

II. Paradigmenwechsel in den Nord-Süd-Beziehungen

1. Was einmal für wichtig gehalten wurde

In der Vergangenheit dominierten die ideologische und die militärische Konkurrenz mit dem Osten zwar nicht durchgängig, wohl aber überwiegend den Umgang mit Bevölkerungen, Regimen und Organisationen in der Dritten Welt. Nikita Chruschtschow, Generalsekretär der KPdSU, hatte Ende der fünfziger Jahre richtig erkannt, daß die Welle der Dekolonisierung in Afrika und Teilen Asiens der Sowjetunion bis dahin ungeahnte Möglichkeiten eröffnete, ihren globalen Einfluß auszuweiten und eine den USA ebenbürtige Macht zu werden. Sein Ausspruch Anfang der sechziger Jahre, daß er den „Westen in der Dritten Welt begraben“ würde, schreckte die USA und ihre europäischen Verbündeten dementsprechend auf. Die Dekolonisierung wurde mehr und mehr zu einem Spielball der antagonistischen Systemkonkurrenz, und die Sicherung von Rohstoffen, Seewegen und militärischen Zugangsrechten war ein vorrangiges strategisches Ziel. Wiederholt tauchte in der westlichen Diskussion sogar der Gedanke auf, parallel zur NATO eine „South Atlantic Treaty Organization“ (SATO) zu errichten.

Im deutsch-deutschen Verhältnis erfuhr der Ost-West-Konflikt durch die Anerkennungsproblematik der DDR eine besondere und vor allem in Afrika zeitweise recht intensive Dynamik. Die den bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruch fest-

schreibende „Hallstein-Doktrin“ (ab Mitte der fünfziger) und der Streit um die richtige „Berlin-Klausel“ (in den achtziger Jahren) waren die zwei wichtigsten Ausformungen der „querelle allemande“³⁾. Vor allem die „Berlin-Klausel“ war für die Entwicklungsländer in ihrer Bedeutung kaum noch nachvollziehbar.

Sogenannte *endogene lokale* oder *regionale* Faktoren waren in dieser Phase dem Ost-West-Konflikt nachgeordnet. Das gilt auch für das vierte Hauptelement dieser Phase, die Entwicklungshilfe. Theoretisch sollte sie durch ihre inhärenten Ziele bestimmt werden, nämlich die wirtschaftlich unterentwickelten Länder an die Industriestaaten heranzuführen, faktisch war sie fest in den Ost-West-Konflikt eingebettet und dadurch zeitweise bis zur Unkenntlichkeit deformiert⁴⁾. Das war übrigens

³⁾ Die Hallstein-Doktrin besagte, daß die Bundesrepublik die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR als einen „unfreundlichen Akt ansehen“ würde; vgl. dazu Hans Joachim Spranger/Lothar Brock, Die beiden Deutschen Staaten in der Dritten Welt, Opladen 1987, S. 287 ff. Bei der „Berlin-Klausel“ ging es um unterschiedliche Auslegungen der Viermächte-Vereinbarung über den Status von Berlin.

⁴⁾ Vgl. hierzu auch die verschiedenen Beiträge in: Reiner Steinweg (Hrsg.), Hilfe + Handel = Frieden? Die Bundesrepublik in der Dritten Welt, Frankfurt/M. 1982. Zur Afrikapolitik der DDR vgl. den Beitrag des ehemaligen DDR-Diplomaten Hans-Georg Schleicher, Die Afrikapolitik der DDR: Versuch einer Nachbetrachtung, in: Afrika-Jahrbuch, Hamburg 1990.

keine Einbahnstraße. Viele Regime in der Dritten Welt „entwickelten“ ganz außerordentliche Fähigkeiten, Ost und West wechselseitig gegeneinander auszuspielen, um wirtschaftliche und militärische Unterstützung zu maximieren. Sowohl der Westen als auch der Osten wurden in diesem Prozeß weitgehend blind gegenüber dem, was in den betreffenden Ländern tatsächlich vorging, zumindest dann, wenn es deren Regimen gelang, sich das Mäntelchen der strategischen Unentbehrlichkeit umzuhängen. Mobutu in Zaire und Mengistu in Äthiopien wurden zu zwei Extremfällen dieser Blindheit. Beide Länder sind heute wirtschaftlich und politisch bankrott.

Alle vier genannten Bestimmungsfaktoren vergangenere Dritte-Welt-Politik werden in Zukunft nur noch eine untergeordnete Rolle spielen. Der Ost-West-Konflikt ist zu Ende und mit ihm auch die für die politischen Eliten aller Länder so wichtige Kontroverse von Sozialismus versus Kapitalismus. Das internationale Umfeld der Politik Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ist einem dramatischen Wandel unterworfen. Schon vor einiger Zeit war auf das mögliche Ende einer einheitlichen, von einer zentralen Entscheidungsgewalt vollzogenen sowjetischen Außenpolitik hingewiesen worden⁵). Der Putschversuch vom August 1991 hat dieses Ende nun endgültig besiegelt. Die USA, Frankreich, Großbritannien, Japan, Deutschland und die EG werden für die Entwicklungsländer weit wichtigere Akteure sein als die Russische Föderation, von den übrigen Republiken ganz abgesehen. Selbst wenn sich die einstigen Republiken der Sowjetunion, oder einige von ihnen, auf eine Konföderation einigen können, wird es dort keine zentralisierte Außenpolitik wie in der alten Sowjetunion geben, schon gar nicht im Verhältnis zu den Entwicklungsländern. Vielleicht wird sie ähnlich der außenpolitischen Zusammenarbeit der Staaten der Europäischen Gemeinschaft in der sogenannten EPZ (Europäische Politische Zusammenarbeit) oder jener der Länder des britischen Commonwealth sein⁶). Von der Blockfreienbewegung, einst Hoffnungsträger einer gemeinsamen Politik des Südens gegen die Machtpolitik der beiden Blöcke im Norden, hört man angesichts der Auflösung der Ost-West-Konfrontation verständlicher-

weise immer weniger. Auf dem jüngsten Blockfreientreffen in Accra (Ghana) wurden allerdings Versuche gemacht, sie wiederzubeleben. Als relevanter Faktor internationaler Politik hat die Blockfreienbewegung aber wohl ausgedient.

Die *Dekolonisierung* und der *Kampf gegen den Rassismus* ist mit der Unabhängigkeit Namibias und in Südafrika mit dem Durchbruch zu einem Dialog zwischen dem ANC, der wichtigsten Befreiungsbewegung des Landes, und der weißen Regierung praktisch abgeschlossen. An seine Stelle tritt nun in vielen Entwicklungsländern die zweite Phase der „Befreiung“. Sie richtet sich vor allem in Afrika gegen die Führer/Eliten der ersten Phase der Befreiung und deren uneingelöste Versprechen. Die Ära der Einparteiensysteme geht dem Ende entgegen. *Demokratisierung* und Verwirklichung der *Menschenrechte* stehen auf der Tagesordnung. Gleichzeitig ist ein Stimmungswandel im Verhältnis zu Europa und den Industriestaaten zu beobachten. In der Vergangenheit waren sich Bevölkerung und Eliten in der Dritten Welt darin einig, daß die wirtschaftliche Rückständigkeit ihrer Länder durch die ausbeuterischen Beziehungen mit den Industriestaaten, insbesondere den einstigen europäischen Kolonialmächten, zu erklären sei. Nun wendet sich das Blatt; weite Teile der Bevölkerung und die aus ihnen hervorgegangenen neuen politischen Kräfte betrachten entsprechende Klagelieder ihrer Regierenden lediglich als den Versuch, vom eigenen Versagen und eigener Korruptheit abzulenken.

Mit Ausnahme des Erdöls spielt die Sicherung von Rohstoffen als Konfliktherd nur noch eine geringe Rolle in der internationalen Politik. Dafür ist weniger das Ende des Ost-West-Konflikts als die Diversifizierung der Rohstoffmärkte sowie die durch den technischen Fortschritt in den Industrieländern, insbesondere verbesserte Substituierung und neue Verfahren des Recycling, erfolgte Reduzierung des Rohstoffverbrauchs verantwortlich. Ob dieser Trend langfristig anhält, ist allerdings offen. In zwei oder drei Jahrzehnten mag die Lage ganz anders aussehen. Gegenwärtig erscheint jedoch selbst die Versorgung mit Rohöl durch Krisen und Kriege weit weniger gefährdet zu sein als das bisher häufig dargestellt wurde. Der Golfkrieg hat in dieser Hinsicht, abgesehen von Preiserhöhungen, so gut wie keine disruptiven Auswirkungen auf die Versorgung der Industrieländer gehabt.

Die Entwicklungshilfe schließlich geht zwar weiter und wird ein wichtiges Element der Nord-Süd-Beziehungen bleiben. Sie hat sich aber nicht als

⁵) Vgl. Winrich Kühne, Afrika nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Die Notwendigkeit zu einem „Neuen Realismus“, in: Afrika Spektrum, 25 (1990) 2, S. 139 ff.

⁶) Portugalov, ein früherer Berater Gorbatschows, brachte schon 1990 in einer Diskussionsrunde des deutschen Fernsehens die Hoffnung zum Ausdruck, daß man sich wenigstens auf einen Zusammenhalt nach dem Vorbild des britischen Commonwealth würde verständigen können.

das erwiesen, was man einmal von ihr erwartete: ein effektives Instrument der „nachholenden Entwicklung“ und Armutsbekämpfung. Verschiedene Ansätze wurden ausprobiert. Theorien oder Modelle, die grundsätzlich bessere Resultate erzielen könnten, sind nicht in Sicht. Die Tatsache, daß zwischen Entwicklungshilfe und Entwicklung keine positive Korrelation besteht, wohl aber ein ungeheurer Schuldenberg, der die Beziehungen zwischen dem Norden und dem Süden belastet und erst noch bewältigt werden muß, spricht für sich. Die Schulden der Dritten Welt insgesamt sind von 1975 bis 1990 von 170 auf ca. 1350 Milliarden US-Dollar angestiegen.

Zudem werden Milliardensummen an Wirtschaftshilfe nach Osteuropa und in die Sowjetunion fließen. In den Entwicklungsländern gibt es nur noch wenige, die auf eine Steigerung der Entwicklungshilfe oder gar Marshall-Pläne für bestimmte Regionen hoffen. Eine schrittweise Abnahme ist wahrscheinlicher, obwohl die Industrieländer sich Mühe geben werden, *nominal* das bisherige Niveau zu halten. In vielen Entwicklungsländern breitet sich ein „Neuer Realismus“ aus, der sich keine Illusionen darüber macht, daß die Rettung Afrikas, Asiens und Lateinamerikas letztlich nicht von außen kommen wird, wie es das Hilfs-Paradigma der „nachholenden Entwicklung“ jahrzehntelang suggeriert hat. „The days of the good Samaritan are no longer there as far as Africa is concerned“, stellte Salim Ahmed Salim, der Generalsekretär der Organisation für Afrikanische Einheit (OAE) kürzlich in einer Rede nüchtern fest.

2. Die Zukunft: Produktivitäts- und Lebensstandardkonflikt

Gescheiterte Entwicklung und Schuldenberg sind nur zwei Aspekte desjenigen Strukturmerkmals, das die Weltpolitik in der Zukunft ähnlich dominieren wird wie der Ost-West-Konflikt in der Vergangenheit: Die wachsende *Kluft* zwischen Arm und Reich, genauer gesagt: die Kluft im Hinblick auf Produktivität und Lebensstandard zwischen den drei industriellen Zentren Nordamerika (Kanada, USA und Nord-Mexico), Westeuropa (plus dem einen oder anderen zentral- und osteuropäischen Staat) sowie Japan (und die vier kleinen „asiatischen Tiger“ Korea, Singapur, Hongkong, Taiwan) und dem Rest der Welt, d.h. gut zwei Dritteln der Menschheit. Während der Lebensstandard in den Industrieländern aufgrund der rasanten technologischen Innovation und der daraus resultierenden wirtschaftlichen Produktivität

unaufhörlich wächst, fällt die Mehrheit der Entwicklungsländer kontinuierlich zurück. Speziell in Afrika geht die Angst um, weltpolitisch völlig „marginalisiert“ zu werden. Nur das Bevölkerungswachstum ist ungebremst. Während es in den meisten Industrieländern rückläufig ist, wächst die Zahl der Menschen in den Entwicklungsländern dramatisch. Bereits im Jahre 2020 werden sie über 80 Prozent der Weltbevölkerung stellen.

Einige Zahlen mögen verdeutlichen, wie groß die genannte Kluft bereits ist: Der Anteil der Entwicklungsländer am Weltbruttosozialprodukt, in denen wie gesagt zwei Drittel der Menschheit leben, ist in den achtziger Jahren auf ca. 15 Prozent abgesunken. Umgekehrt stieg der Anteil der Industrieländer, in denen nur etwa über 20 Prozent der Bevölkerung leben, auf über 80 Prozent. In den „Least Developed Countries“ ist das jährliche Pro-Kopf-Durchschnittseinkommen unter 300 US-Dollar gesunken, in den OECD-Ländern dagegen auf 14500 US-Dollar gestiegen. Schwarzafrikas Bruttosozialprodukt ist geringer als das von Belgien, obwohl Belgien nur zwei Prozent der Bevölkerung Schwarzafrikas hat. Der Süd-Süd-Handel, auf dessen Steigerung immer große Hoffnungen gesetzt wurden, ist in den achtziger Jahren auf unter zehn Prozent des Welthandels zurückgegangen, während der Handel der OECD-Länder untereinander auf über 70 Prozent angestiegen ist. Afrikas Anteil am Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland ist auf ca. drei Prozent zurückgegangen, mit Schwarzafrika (ohne Südafrika) beträgt er sogar nur noch knapp ein Prozent. Wir haben es also nicht nur mit einer wachsenden Kluft, sondern mit einer fatalen Asymmetrie der Abhängigkeit zwischen den „reichen“ und der „armen“ Welt zu tun: „Für die Industrieländer, die schwerpunktmäßig in ihren ökonomischen Aktivitäten um sich selbst kreisen, ist die Dritte Welt nur von begrenzter Bedeutung, während die Entwicklungsländer in ihren außenwirtschaftlichen Aktivitäten im wesentlichen auf die Industrieländer ausgerichtet bleiben.“⁷⁾ Der Anteil der Entwicklungsländer am Außenhandel der Industrieländer liegt bei ca. 15 Prozent und ist sinkend, während er umgekehrt zwischen 60 und 70 Prozent liegt.

Neu an dieser Konstellation ist natürlich nicht die Unterscheidung von Arm und Reich, sondern daß erstmals Grund zur Annahme besteht, daß diese Kluft *irreversibel* ist und die Perspektive einer

⁷⁾ Dieter Senghaas, Die moderne Entwicklungsproblematik und ihre Implikationen für Friedenspolitik, in: Asien, Afrika, Lateinamerika, 19 (1990) 1, S. 17.

„nachholenden Entwicklung“ möglicherweise gar nicht mehr besteht. „Es zeichnen sich sogar Prozesse der Rückentwicklung ab.“⁸⁾ „Das Gefälle der Fähigkeiten“ nimmt zu, und es kommt zu „einem Verdrängungswettbewerb zwischen der höherentwickelten und der mehr rückständig bleibenden Ökonomie“⁹⁾. Seine Folge ist, daß in Afrika, Lateinamerika und weiten Teilen Asiens nicht nur Nicht-Entwicklung, sondern sogar eine De-Industrialisierung stattfindet. Die Volkswirtschaften dieser Regionen sind wegen der überproportionalen Produktivitätssteigerung in den drei industriellen Zentren auf dem Weltmarkt und in ihrer eigenen Umgebung, trotz billiger Arbeitskräfte, Standortvorteilen etc., in den meisten Sektoren nicht mehr konkurrenzfähig. Rohstoffe und billige Arbeitskraft, die wichtigsten Güter der Entwicklungsländer, sind auf dem Weltmarkt einem kontinuierlichen Preisverfall ausgesetzt, mit einer entsprechenden negativen Verschiebung der „terms of trade“ zuungunsten der Entwicklungsländer (geschätzter Einkommensverlust für Afrika allein von 1986 bis 1988 ca. 50 Milliarden US-Dollar). Zum Ende des Jahres 1990 waren die Rohstoffpreise gegenüber dem Vorjahr um 13 Prozent gesunken. Dieser Verfall ist jedoch nur teilweise ein Problem von Ausbeutung und ungerechter Weltmarktpreise, mehr noch eine Folge des Auseinanderdriftens auf dem Gebiet der Innovation und Produktivitätssteigerung. Vor allem in der kirchlichen Diskussion wird diese Tatsache häufig nicht genügend beachtet. Das Problem läßt sich nur begrenzt auf moralischer Basis und mit Hilfe von Mechanismen, die die Rohstoffpreise künstlich hochhalten, lösen.

Selbst bei einer nachhaltigen Verbesserung der internen Bedingungen in den Ländern durch „strukturelle Anpassung“ in Richtung auf Marktwirtschaft und Demokratisierung ist deswegen keineswegs sicher, ob dieser Prozeß noch umkehrbar ist. Zwar hat Senghaas recht, daß „der geschilderte Verdrängungswettbewerb... auch als eine Herausforderung verstanden werden“ kann¹⁰⁾. Ist dazu die Kluft für die Bevölkerung zahlreicher Entwicklungsländer aber nicht schon zu groß?

3. Die Gefahr der Übertragung bipolarer Denkstrukturen auf die Nord-Süd-Beziehungen

Militärs und Sicherheitsexperten im Norden neigen teilweise dazu, die Kluft im Nord-Süd-Verhältnis

im Sinne einer bipolaren Struktur zu deuten, auf die sich das bipolare Denken in Großkonflikten und konfrontativen Blöcken des Ost-West-Konflikts übertragen läßt. Der Golfkrieg hat dieser Interpretation Nahrung gegeben. Trug er durch die Raketenrüstung des Iraks doch zumindest im Ansatz eine militärische Bedrohung des Nordens in sich. Auf der Ebene der Propaganda versuchte Saddam Hussein, die bipolare sozio-ökonomische Kluft in eine bipolare militärische Konfliktkonstellation umzudeuten, in einen Krieg der Armen des Südens also gegen die Reichen des Nordens. Überraschenderweise fand er damit nicht nur Gehör bei den arabischen Massen, sondern teilweise auch bei Politikern und Menschen des Nordens, wenn auch mit umgekehrten Vorzeichen. Tatsächlich jedoch dürfte „der Krieg einer einmaligen Konstellation von Umständen, Interessen und Berechnungen“ entsprungen sein, die sich so schnell nicht wiederholen wird¹¹⁾. Großkonflikte in der Dritten Welt wie der Irakisch-Iranische und später der Golfkrieg lebten von der unbedenklichen und sich wechselseitig hochschaukelnden Aufrüstungsbereitschaft der Super- und Großmächte in der Zeit des Kalten Krieges, die sich in dieser Weise wohl nicht fortsetzen wird. Wohl aber wird die Proliferation von Raketen und Massenvernichtungswaffen, zumindest im Hinblick auf regionale Mächte wie Syrien, Pakistan, Indien, Nordkorea, ein kritischer Punkt in den Süd-Nord-Beziehungen bleiben. Der „weapons' state“ des Südens ist als neues Objekt der sicherheitspolitischen Diskussion aufgetaucht.

Die sicherheitspolitische Situation des Südens wird in den neunziger Jahren jedoch nicht in erster Linie durch den „weapons' state“, sondern die Ausweitung von gewaltsamen Konflikten und *Kriegen kleiner und mittlerer Größe* gekennzeichnet sein. Das gilt zumindest für Afrika und weite Teile des Mittleren und Fernen Ostens. Diese Kriege werden vor allem innerstaatlicher, aber auch grenzüberschreitender Natur sein¹²⁾. Ihr wichtigster Motor sind sozial-revolutionäre und ethno-religiöse Frustrationen. Im „post-ideologischen Zeitalter“ ist es angesichts des Versagens von staatlicher Entwicklung in der Dritten Welt mehr oder weniger zwangsläufig, daß Religion und Ethnizität zum Auffangbecken massiver sozialer und wirtschaftlicher Frustrationen und zu Transporteuren sozial-revolutionärer Tendenzen werden. Speziell in Afrika besteht die Gefahr, daß die dort zu beobachtende und begrüßenswerte Demo-

⁸⁾ Gerd Krell, „Europäische Revolution“ und globale Fundamentalkrise, in: epd-Entwicklungspolitik, 17 (1990) 18, S. a-f.

⁹⁾ D. Senghaas (Anm. 7), S. 6.

¹⁰⁾ Ebd., S. 7.

¹¹⁾ Theo Sommer, Nur die Logik des Krieges?, in: Die Zeit vom 25. 1. 1991.

¹²⁾ Vgl. zu den Regionalkonflikten Volker Matthies, Kriegsschauplatz Dritte Welt, München 1988.

kritisierungswelle diese Dynamik eher entfesselt als daß sie sie überwindet¹³).

Ethno-politische Konflikte sind im Hinblick auf kollektive Interessen-, Motivations- und Identitätsprobleme sehr viel komplexer und deswegen schwieriger zu beenden als andere Konfliktarten. Die Motive der Konfliktparteien lassen sich nicht auf einfache Kategorien wie „Nationalismus“, „Klassenkampf“, „Revolution“ oder „Interessenkonflikt um wirtschaftliche Ressourcen“ reduzieren, obwohl das alles eine Rolle spielt. Die unglaubliche, im Denken liberal-demokratischer westlicher Demokratien häufig als „irrational“ bezeichnete Intensität und Dauerhaftigkeit ethno-politischer Konflikte ist vor allem darauf zurückzuführen, daß nicht-materielle Interessen/Motive ein wesentlicher Bestandteil der Auseinandersetzung sind¹⁴).

Und die Bezeichnung dieser Konflikte als Kriege „kleiner“ oder „mittlerer“ Größe ist ausgesprochen verharmlosend. Sie stimmt nur im globalen Vergleich. Für das jeweilige Land sind sie mensch-

lich und wirtschaftlich eine Katastrophe, wie die Beispiele des Sudans, Äthiopiens, Somalias, Liberias und Angolas mit hinreichender Deutlichkeit zeigen. Weit mehr Menschen sterben heute in ethno-politischen Konflikten als in konventionellen Kriegen. Und mehr als die Hälfte der über 30 Millionen Flüchtlinge, die es Anfang 1989 weltweit gab, hat sich infolge von ethnischen Konflikten in Bewegung gesetzt¹⁵).

Bereits Mitte der achtziger Jahre wies eine Studie des CIA darauf hin, daß an mindestens zehn Plätzen der Welt (vor allem im Nahen Osten und Nordafrika) die Gefahr von Kriegen wegen schwindender Wasservorräte bei gleichzeitig steigendem Bevölkerungswachstum drohe¹⁶). Im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika verdoppelt sich die Bevölkerung bei einer jährlichen Zuwachsrate von ca. drei Prozent alle 22 Jahre. 40 Prozent der Weltbevölkerung leben an grenzüberschreitenden Flußsystemen. Im Zweiten Jahrtausend, von dem uns nur noch ein Jahrzehnt trennt, wird Wasser wahrscheinlich kostbarer als Erdöl sein.

III. Großmacht oder Verantwortungsmacht? Zur weltpolitischen Identität des vereinigten Deutschlands

Die Wiedervereinigung und die veränderten weltpolitischen Bedingungen haben Deutschland bereits stärker in einen Prozeß der Transformation seiner weltpolitischen Identität hineingezogen, als vielen Bürgern bewußt ist. Die Diskussion um den Einsatz der Bundeswehr außerhalb Europas, ausgelöst durch den Golfkrieg, ist nur die Spitze des Eisbergs. Das Zögern, sich dieser Herausforderung zu stellen, ist verständlich. Zwingt sie doch dazu, den angesichts der schrecklichen Irrläufe in der deutschen Geschichte vollzogenen Rückzug in die machtpolitische Enthaltensamkeit, insbesondere was den Einsatz militärischer Mittel betrifft, zu revidieren und den weltpolitischen Standort der

deutschen Politik neu zu bestimmen. Diese Standortbestimmung ist kompliziert und vielschichtig, und zwar nicht nur inhaltlich, sondern auch im Hinblick auf die Bereitschaft, Führungsrollen zu übernehmen. Sie verlangt Behutsamkeit und Fingerspitzengefühl, um einen Weg zu finden, der sowohl den Lehren, die aus der deutschen Geschichte zu ziehen sind, als auch den Anforderungen der Gegenwart gerecht wird. Eines hat der Golfkrieg zweifellos gezeigt: Weder an dem einen noch dem anderen können wir uns ohne einen beträchtlichen Verlust an Selbstachtung vorbeimogeln.

1. Zur Machtfrage

Das Ende des Ost-West-Konflikts hat in der internationalen Machtverteilung Veränderungen ausgelöst, die spätere Generationen wahrscheinlich einmal als erdrutschartig bezeichnen werden. In der ersten Phase der sowjetisch-amerikanischen Annäherung schien es so, als ob die bipolare Machtverteilung lediglich ihren antagonistisch-konfrontativen Aspekt verlieren, im übrigen aber bestehen

¹³) Vgl. zur Politisierung ethnischer Konflikte in Afrika Rainer Tetzlaff, Politische Ethnizität – eine unterschätzte Realität im nachkolonialen Afrika, in: Afrika Spectrum, (1991) 1, S. 5–28.

¹⁴) Vgl. hierzu auch Dieter Senghaas, Therapeutische Konfliktintervention in Europa, Eskalation und Deeskalation ethno-nationalistischer Konflikte, unveröffentlichtes Manuskript, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1991.

¹⁵) Vgl. ebd., S. 84.

¹⁶) Vgl. Joyce R. Starr, Water Wars, in: Foreign Policy, 82 (1991), S. 17–36.

bleiben würde. Dritte-Welt-Konflikte bekamen einen völlig anderen Stellenwert im Verhältnis zwischen Moskau und Washington. Waren sie in der Vergangenheit für beide Supermächte ein Hebel, wenn auch auf unterschiedliche Weise, die internationale Machtverteilung ideologisch und militärisch zugunsten der einen oder anderen Seite zu verschieben, so wurden sie nun zu einer Belastung, ja sogar zu einem Störfaktor in den Beziehungen zwischen Washington und Moskau.

Die zweite Phase ist durch den Zerfall der Sowjetunion eingeleitet worden. Welchen Sog er auf die weltpolitische Rolle und Verantwortlichkeit Japans und Deutschlands ausüben wird, läßt sich gegenwärtig mehr erahnen als exakt voraussagen. So stellt sich zum Beispiel die Frage, ob eine um verschiedene Gebiete reduzierte Konföderation einstiger Sowjetrepubliken überhaupt noch ein handlungsfähiges und vollverantwortliches ständiges Mitglied des Sicherheitsrats (SR) der VN sein kann. Die außenpolitische Kompetenz dieser Föderation wird wahrscheinlich recht begrenzt sein. Kommt es aber zu einer Diskussion über die Veränderung der Zusammensetzung des SR bzw. seiner ständigen Mitglieder, dann wird die Öffentlichkeit in Japan und Deutschland einmal mehr überrascht sein, wie sehr von ihnen eine größere weltpolitische Verantwortlichkeit, gerade seitens der Entwicklungsländer, erwartet wird, und zwar nicht nur wirtschaftlich.

2. Deutschland und die künftige Rolle militärischer Mittel im internationalen System

Die Ausweitung der weltpolitischen Verantwortlichkeit Japans und Deutschlands hat viele Aspekte. Der künftige Umgang mit dem Einsatz militärischer Macht ist für beide zweifellos ein besonders schwieriger, selbst wenn es um so offensichtlich friedliche Einsätze geht wie der von VN-Blauhelmen. Forderungen wie die, daß „wir endlich wieder ein normales Volk werden“ und „die Mittel militärischer Macht als Instrument der Außenpolitik begreifen“ müssen, helfen wenig weiter¹⁷⁾. Eine Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik nach dem Vorbild der Kanonenbootpolitik des letzten Jahrhunderts ist damit ja wohl nicht gemeint? Außerdem käme kein Franzose, Engländer oder Italiener auf die Idee, man müsse ein „normales Volk“ wie das jeweils andere werden, die Franzosen also wie die Engländer oder die Italiener wie die Deutschen. Ganz im Gegenteil, „normal“ kann

nur heißen, eigenständige Schlußfolgerungen über den angemessenen Umgang mit militärischen Mitteln zu ziehen, sowohl was die Lehren aus der Vergangenheit als auch die Anforderungen der Gegenwart und Zukunft betrifft.

Eine Großmachtspolitik vergangener Tage ist nicht mehr gefragt, zumindest wäre sie eine völlig abwegige und dysfunktionale Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart. Das gilt auch für ihre moderne Version, für den „out-of-area“-Einsatz von Truppen der NATO zu Zwecken einer machtpolitischen „power projection“ – einem Einsatz also, der über rein defensive Zwecke gem. Art. 51 der VN-Charta oder eine Unterstützung von „Blauhelm-Missionen“ oder Zwangsmaßnahmen gem. Kap. VII der VN-Charta hinausgeht.

Die Unbefangenheit, mit der manche Sicherheitspolitiker über eine Ausweitung der NATO-Bündnisverpflichtungen auf Konflikte in der Dritten Welt reden, verdient deswegen eine kritische Anmerkung: Zwei Drittel der Menschheit, die im wesentlichen im Süden leben, sehen sich bereits einer erdrückenden wirtschaftlichen Überlegenheit der Industriestaaten gegenüber. Auch ohne den Einsatz militärischer Mittel haben die Industriestaaten das Gesetz des Handelns schon weitgehend in der Hand. Wird diese Abhängigkeit noch durch eine über das Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung hinausgehende militärische Einsatzoption der NATO abgesichert, dann werden die Völker des Südens dieses als offene Aggression und den Versuch verstehen, sie unter wirtschaftliches und militärisches Kuratell zu nehmen, mit den entsprechenden negativen Auswirkungen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit bei der Bewältigung von gemeinsamen Herausforderungen wie Massenmigration, Umweltschäden, Drogenhandel und Terrorismus. Das kann nicht unser Interesse sein!

Ein Problem der unzureichenden „Realitätswahrnehmung“ gibt es aber auch in der Diskussion von Teilen der „Linken“, einschließlich der Friedensbewegung und den Kirchen. Diese Diskussion war in den letzten Jahrzehnten fast ausschließlich auf die Frage von Entwicklungspolitik und humanitärer Hilfe sowie den Befreiungskampf gegen Kolonialismus, Rassismus und „Imperialismus“ konzentriert. Das Thema Gewalt und Krieg als originäres Problem der Entwicklungsländer war weitgehend ausgeblendet. Es wurde im wesentlichen als ein außenindiziertes Phänomen, als eine Folge des Imperialismus und der Machenschaften des Ost-West-Konflikts, gesehen. Diejenigen, die Gewalt im Süden ausübten und Kriege führten, galten

¹⁷⁾ H. J. Veen (Anm. 1), S. 4.

nicht als Exponenten von Tendenzen ihrer Völker, sondern lediglich als Marionetten und Opfer, oder – wie die Dependenztheorie es formulierte – als „Brückenköpfe“ dieser Einflüsse aus dem Norden.

Des weiteren geben sich Teile der Friedensbewegung und der Kirchen nicht genügend Rechenschaft darüber ab, daß Kriege, vor allem Bürgerkriege, in vielen Entwicklungsländern eine der Hauptursachen für den tödlichen und immer mehr außer Kontrolle geratenen *Circulus vitiosus* von wirtschaftlichem Verfall, Hunger, Umweltzerstörung, Krankheiten und Massenmigration sind. Diese Tatsache spielt in der Diskussion um eine Beteiligung der Bundeswehr an der internationalen Friedenssicherung bisher so gut wie keine Rolle. Man beruhigt sich mit dem Ruf nach mehr humanitärer Hilfe, obwohl am Beispiel des Sudans und Äthiopiens – aber auch anderer Fälle – klar geworden sein mußte, daß humanitäre Hilfe keine Kriege beendet, sie möglicherweise sogar verlängert¹⁸⁾. Wenn es in den genannten gesellschaftlichen Gruppen wirklich darum gehen soll, das Leiden von Millionen von Menschen in der Dritten Welt zu lindern, dann kann man diese Einsicht und die aus ihr zu ziehenden Konsequenzen nicht länger umgehen.

Die Frage einer Beteiligung der Bundeswehr an der Friedenssicherung durch die VN stellt sich also nachdrücklich. Sie stellt sich allerdings nicht aus Gründen der „power projection“ oder der weltpolitischen Großmannssucht, sondern weil die sicherheitspolitische Lage in weiten Teilen des Südens ähnlich wie in Jugoslawien und möglicherweise weiteren Ländern des östlichen Europas sie zur Beendigung und Verhinderung von Kriegen dringend erfordert. Im Zentrum einer deutschen Nord-Süd-Politik muß eine saubere Trennung zwischen einer der Interdependenz der modernen Welt gemäßen „Verantwortungsmacht“ und „Großmachtspolitik“ vergangener Zeiten stehen, so schwierig das in der Praxis häufig sein mag.

¹⁸⁾ Es war ein schwedischer Vertreter mit mehr als zwanzig Jahren Erfahrung in kirchlicher humanitärer Hilfe am Horn von Afrika, der bei einem internationalen Expertenkolloquium in Bonn besonders nachdrücklich auf diese Tatsache hinwies und eine entsprechende Aufklärung der Öffentlichkeit verlangte. Vgl. Winrich Kühne, Die Aktuelle Lage in Äthiopien. Bericht über ein internationales Kolloquium in Bonn am 30. November 1990, unveröffentlichtes Manuskript, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1991, S. 20.

3. Die Einhegung traditioneller Interessen- und Großmachtspolitik durch Multilateralisierung

In gewisser Weise ist es irreführend, noch von einer deutschen Nord-Süd-Politik zu sprechen. Die vielfältigen Aktivitäten gegenüber den Entwicklungsländern sind zunehmend einer mehr oder weniger starken *Multilateralisierung* unterworfen. Man denke nur an die dominierende Rolle der EG-Kommission in Brüssel sowie der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds im Bereich der Entwicklungspolitik und wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Die Lomé-Konvention, die Uruguay-Runde (GATT) etc. sind institutionell zwar weniger verfestigte, aber ebenfalls für die Nord-Süd-Beziehungen wichtige multilaterale Foren. Im außen- und sicherheitspolitischen Bereich ist die Multilateralisierung zwar weniger fortgeschritten, nimmt durch den allmählichen Ausbau der Europäischen Politischen Zusammenarbeit der EG (EPZ), den Aktivitäten der VN und der NATO und in jüngster Zeit der G7 aber zu¹⁹⁾. Die EPZ soll zu einer „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ der Europäer ausgebaut werden. Auch die Westeuropäische Union (WEU) wird sicherheitspolitisch möglicherweise eine größere Rolle spielen. Und die G7 entwickelt sich zu einer Art „globalem politischen Direktorium“, das in einem widersprüchlichen Spannungsverhältnis zu den VN und ihren Aufgaben steht²⁰⁾.

Verschiedene internationale Regime zur Kontrolle des nuklearen und konventionellen Rüstungs- und Rüstungstechnologietransfer, die zur Diskussion stehen oder bereits ansatzweise etabliert sind, verstärken diesen Trend zu einer vielschichtigen und vielfältigen Multilateralisierung. Der Begriff der Multilateralität reicht im Grunde nicht aus, um das zu beschreiben, was geschieht. Das sprachliche Ungeheuer „multifunktionale und multidimensionale Multilateralisierung“ käme der Wirklichkeit näher. Supra- und transnationale Bürokratisierung von Entscheidungs- und Implementierungsprozessen sind ein wesentlicher Bestandteil dieser Wirklichkeit und machen es immer fragwürdiger, von einer „nationalen Politik“ zu sprechen. Das suggeriert eine unzutreffende Ungebundenheit des

¹⁹⁾ Gruppe der sieben führenden Industrieländer der Welt, bestehend aus den USA, Japan, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Kanada.

²⁰⁾ So Flora Lewis, in: The International Herald Tribune vom 19. 7. 1991.

außenpolitischen Verhaltens. Wilhelm Bruns hat mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß die Bundesbürger sich der Mitgliedschaft in diesen Institutionen/Gruppierungen zwar bewußt sind, häufig aber nicht realisieren, daß sich aus dieser Mitgliedschaft Zwänge und Konsequenzen ergeben. „Der Golfkrieg hat das größere Deutschland daran erinnert, daß mit diesen Mitgliedschaften Abläufe verbunden sind, die unserer Öffentlichkeit weitgehend unbekannt sind.“²¹⁾

Diese Multilateralisierung bietet zweifellos die Chance der Relativierung und Einhegung nationa-

ler Politik. An die Stelle einer nationalen Interessenpolitik tritt zunehmend die Notwendigkeit, eine gezielte internationale Struktur-, Regime- und Organisationspolitik zu betreiben, in der nationale Interessen und Werte zwar eine Rolle spielen, in ihrer Umsetzung aber nur noch bedingt oder überhaupt nicht als solche erkennbar sind. Dadurch wird es zwar für die Wählerschaft und die Parlamentarier noch schwieriger, außenpolitische Entscheidungsprozesse nachzuvollziehen. Zugleich werden aber auch nationale Alleingänge eines vereinigten und weltpolitisch bedeutsamen Deutschlands schwieriger.

IV. Die Bedeutung des Südens für die deutsche Außenpolitik

Der Bedeutungsverlust der Entwicklungsländer für die deutsche Politik überrascht angesichts des wirtschaftlichen Abstiegs der meisten von ihnen nicht. Ihr Anteil an den gesamten deutschen Investitionen ging von ca. 20 Prozent im Jahre 1976 auf unter drei Prozent im Jahre 1989 zurück. Denn es trifft natürlich zu, daß die internationalen Beziehungen heute weitgehend von wirtschaftlichen Erwägungen bestimmt werden, daß es also eine „Ökonomisierung“ der internationalen Politik gibt, wie sie Dieter Senghaas in einem Experten-Kolloquium über „Weltsystem und Weltpolitik Jenseits der Bipolarität“ vor einiger Zeit genauer beschrieben hat²²⁾. Zumindest auf der nördlichen Halbkugel wird militärische Macht als wichtiger Faktor internationaler Macht- und Interessenpolitik immer weiter zurückgedrängt. Die Kehrseite der „Ökonomisierung“ ist die zwangsläufige Marginalisierung der Entwicklungsländer, und zwar nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch. Die Regionen des Südens haben nach Senghaas nur noch Bedeutung als „Zonen von Turbulenzen“, die sich auf die Industrieländer zwar auswirken, die Weltpolitik aber nicht entscheidend beeinflussen.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß die These von der „Ökonomisierung“ der internationalen Beziehungen im Prinzip richtig ist. Und dennoch bleibt ein

Unbehagen und ein grundlegender Zweifel hinsichtlich der Einordnung von Problemen, die sich – wie die globalen Herausforderungen, insbesondere die ökologische – nicht mit diesen Kategorien fassen lassen. In den Nord-Süd-Beziehungen wird es künftig maßgeblich um die Zusammenarbeit bei der Lösung dieser Probleme gehen. Sie sind keineswegs marginal, auch realpolitisch nicht. Die Veränderung des *Bewußtseins* in den Gesellschaften der Industrieländer über den globalen und damit auch sie betreffenden Charakter vieler Katastrophen im Süden ist ein Faktor, der auch realpolitisch zunehmend in Rechnung zu stellen sein wird. Die Furcht vor Migrationswellen, globalen Umweltschäden, Ausweitung von Krankheiten, Drogen- und Waffenhandel sowie die damit einhergehende „Mafiasierung“ des internationalen Systems bis hinein in die europäischen Großstädte sind in diesem Sinne wohl schon jetzt wirksame Faktoren. Sie werden zum Beispiel dem „Krisenkontinent“ Afrika in den nächsten Jahren wahrscheinlich eine weit größere Aufmerksamkeit in der europäischen Politik sichern, als sie ökonomisch angemessen ist.

Der Stellenwert des Südens in der deutschen Politik wirft also Fragen auf, die weit über die Art und Weise hinausgehen, in der „normalerweise“ über außenpolitische Fragen nachgedacht wird. Ein qualitativer Sprung im politischen Denken, ja im menschlichen Denken schlechthin, ist notwendig. Im Bereich der Ökologie wird das ja schon vielfach diskutiert, obwohl der dort oft benutzte Begriff des „ganzheitlichen Denkens“ zwar schön klingt, für die praktische Politik und ihre Entscheidungsprozesse aber wenig hergibt. Entscheidend für die Politik wird sein zu erkennen, daß wir im Hinblick

²¹⁾ Wilhelm Bruns, Zur Rolle Deutschlands in der internationalen Politik, Friedrich-Ebert-Stiftung, Studie Nr. 45 der Abteilung Außenpolitikforschung, Bonn 1991, S. 4.

²²⁾ Vgl. den zusammenfassenden Bericht des Kolloquiums von Christopher Daase, Weltsystem und Weltpolitik Jenseits der Bipolarität. Diskussion, Ergebnisse und Desiderate des Experten-Kolloquiums in der Evangelischen Akademie Loccum vom 21. bis 23. Juni 1991, Evangelische Akademie, Loccum 1991.

auf die „globalen Herausforderungen“ mit einer falschen *Zeitachse* arbeiten. Entsprechend dem kausalen Denken ist sie linear ausgerichtet und unterscheidet dementsprechend zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Problemen, die in dieser Reihenfolge abzuarbeiten sind. Diese Zeitachse ist jedoch irreführend im Hinblick auf alle Prozesse, die sich eben nicht linear, sondern exponential, also lawinenartig, aufbauen. Bei ihnen kommen Reaktionen entlang einer linearen Zeitachse zwangsläufig zu spät. Die weitgehende Externalisierung der sozialen und ökologischen Folgen des gegenwärtigen Wirtschaftens aufgrund einer zu engen Definition des „Ökonomischen“ verschlechtert zusätzlich die Chance, auf die globalen Her-

ausforderungen rechtzeitig zu reagieren. Manfred Wöhlcke hat recht, wenn er schreibt, daß „viel weniger wichtige Probleme mit großem Elan gelöst werden, während die massiven Gefährdungen der kollektiven Sicherheit und Lebensqualität – sowie des Lebens selber – nur recht halbherzig angegangen werden“²³). Das Mißverhältnis zwischen internationaler Aufmerksamkeit bei der Niederkämpfung Saddam Husseins und der bei der Bekämpfung der durch diesen Krieg ausgelösten Umweltkatastrophe am Golf ist dafür ein erschreckender Beleg. Was die deutsche Politik betrifft, erscheint die Frage, ob Deutschland Klein-, Groß- oder Weltmacht sein soll, angesichts der existentiellen globalen Herausforderungen kleinkariert.

V. Schwerpunkte künftiger deutscher Nord-Süd-Politik

1. Abbau protektionistischer Maßnahmen und subventionierter Produktion des EG-Agrarmarkts

Die wachsende wirtschaftliche Kluft zwischen den Industrieländern und den restlichen zwei Dritteln der Menschheit war als der wichtigste Grund dafür genannt worden, daß sich eine Vielzahl von katastrophenartigen Problemen im Süden nicht mehr in den Griff bekommen läßt. Die Chance einer „nachholenden Entwicklung“ ist für die Mehrzahl der Länder des Südens zumindest in den nächsten beiden Jahrzehnten gering. Entwicklungshilfe wird nach den Erfahrungen der Vergangenheit keinen wesentlichen Beitrag zur Überwindung dieser Kluft beitragen können. Ihr „Ruf als ein Instrument der Armutsbekämpfung ist weitgehend dahin.“²⁴) Das ist kein Grund, sie in Bausch und Bogen zu verdammen und zu beenden, wie das bei einigen Autoren Mode geworden ist. Ihr Stellenwert, ihre Ziele und ihre Vorgehensweise sind aber wohl grundsätzlicher zu überdenken als das in Fragestellungen wie der einer Konditionalisierung der Entwicklungshilfe zugunsten von Menschenrechten und Demokratisierung sowie der Begrenzung von Rüstungshaushalten bisher der Fall war²⁵). Der schrittweise Umbau der Entwicklungshilfe zu einem rudimentären Netz internationaler

sozialer Sicherung ist insoweit ein wichtiges Thema. Ansätze in diese Richtung gibt es.

Die Entwicklungsländer können nicht mehr darauf hoffen, daß Unterstützung von außen ein entscheidendes Element zur Überwindung ihrer wirtschaftlichen Rückständigkeit sein wird. In vielen Ländern gewinnt deswegen ein „Neuer Realismus“ an Boden, der die Lösung der Probleme aus eigener Kraft und ohne ideologische Träumereien anstrebt. Zu diesem Realismus gehört die Einsicht, daß eine schnelle Besserung der Verhältnisse nicht möglich ist und es in vielen Fällen darum geht, die Talfahrt erst einmal zu stoppen, insbesondere in den afrikanischen Ländern.

Deutschland und die Industriestaaten haben wegen der zahlreichen negativen und sich kumulierenden Auswirkungen des wirtschaftlichen Verfalls vieler Entwicklungsländer ein überragendes Interesse daran, diesem „Neuen Realismus“ zum Erfolg zu verhelfen. Die Steigerung von Entwicklungshilfe ist insoweit kein erfolgversprechendes Mittel, und über die Notwendigkeit zu einer raschen und umfassenden Streichung von Schulden zumindest bei all den Ländern, in denen dieser neue Realismus praktiziert wird, besteht im Prinzip Einigkeit. Vordringlich ist darüberhinaus, strukturelle und sachlich ungerechtfertigte Hindernisse abzubauen, die von seiten der Industriestaaten selbst einem solchen Erfolg im Wege stehen.

Preissubventionierte landwirtschaftliche Produktion in den Industrieländern, insbesondere die EG-Agrarpolitik, ist insoweit ein Skandal, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Nicht nur, daß der anti-

²³) Manfred Wöhlcke, Globale Gefährdungen in den Entwicklungsländern, in: Außenpolitik, 42 (1991) 3, S. 251–260.

²⁴) Michael Dauderstadt, Entwicklungspolitik '92: Abkehr von der Dritten Welt, Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe Eurokolleg, Bonn 1990, S. 5.

²⁵) Vgl. ausführlicher zur Entwicklungshilfe den Beitrag von Manfred Wöhlcke in diesem Heft.

marktwirtschaftliche Charakter der EG-Agrarpolitik in einem peinlichen Gegensatz zu den marktwirtschaftlichen, auf Subventionsabbau und ungehinderten Marktzugang ausgerichteten Tiraden der von den westlichen Ländern gegenüber den Entwicklungsländern vertretenen Politik der strukturellen Anpassung steht. Die Agrarsubventionen der EG sind von 1990 bis 1991 von 53 auf 67 Milliarden DM gestiegen. Die Agrarsubventionen der OECD-Staaten werden für 1989 auf mehr als 250 Milliarden Dollar jährlich geschätzt. Das ist gut das Fünffache der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe dieser Länder. In seiner Rede vor der Generalversammlung der VN am 25. September 1991 hat Außenminister Genscher darauf hingewiesen, daß die Abschottung der Märkte im Norden dem Süden jährlich schätzungsweise 100 Milliarden Dollar an möglichen Deviseneinnahmen entzieht.

Die Folge dieser Politik ist nicht nur, daß der Zugang und die Absatzmöglichkeiten landwirtschaftlicher Produkte der Entwicklungsländer in den EG-Ländern eingeschränkt ist, sondern auch daß gleichzeitig die Produkte der EG zu Dumpingpreisen in den Entwicklungsländern abgesetzt werden, zum Teil sogar im Namen der Nahrungsmittelhilfe, und dort die einheimische Landwirtschaft zerstören. Subventionierte Überproduktion in den Industrieländern ist ein Hauptgrund für den Hunger im Süden!

Die exorbitanten Kosten und die negativen ökologischen Auswirkungen der EG-Agrarpolitik wären allein Grund genug, diese grundlegend zu reformieren. Die EG-Kommission in Brüssel hat zumindest Vorschläge gemacht, die in diese Richtung gehen. Der scharfe Widerstand der Bauern und damit der Landwirtschaftsminister verschiedener Mitgliedsländer gegen diese Reformen und gegen eine entsprechende Veränderung der EG-Verhandlungsposition in der Uruguay-Runde (GATT) sind hinlänglich bekannt. Man muß diesen Widerstand angemessen gewichten. In den Industrieländern hat die Landwirtschaft nur einen Anteil von fünf Prozent am Bruttosozialprodukt, während in den Entwicklungsländern dieser Anteil über 25 Prozent beträgt. Außerdem sind zwei Drittel der Bevölkerung in diesem Sektor tätig²⁶⁾! In der EG sind es durchschnittlich nur sieben Prozent.

²⁶⁾ Vgl. Kevin Watkins, Agriculture and Food Security in the GATT Uruguay Round, in: Review of African Political Economy, 50 (1991), S. 30–50.

Vieles wäre zur Unsinnigkeit preissubventionierter Produktion in verschiedenen Bereichen der Industrieländer (zum Beispiel der Textilindustrie) zu sagen. Man darf es sich hinsichtlich des Abbaus von Subventionen im Agrarbereich allerdings auch nicht zu einfach machen. Denn er wird zu einer Steigerung der Preise landwirtschaftlicher Produkte führen. Das ist gut für die Länder, die es bereits geschafft haben, Nettoexporteure auf diesem Gebiet zu sein. Diejenigen dagegen, deren Landwirtschaft aufgrund des beschriebenen Verdrängungswettbewerbs und einer verfehlten eigenen Agrarpolitik auf Subsistenzniveau zurückgegangen ist, die also bereits mehr oder weniger stark am Tropf der internationalen Nahrungsmittelhilfe hängen (im internationalen Jargon die „Low Income Food Deficit Countries“), werden leiden. Dem kann nur begegnet werden, indem in einer (längeren) Übergangsphase der Asymmetrie der Abhängigkeit durch eine Asymmetrie der Anpassungsmechanismen entsprochen wird, diese Länder also ihre Landwirtschaft subventionieren und durch protektionistische Maßnahmen schützen dürfen. Nach den gültigen GATT-Regeln ist ein solches „special and differential treatment“ zulässig.

2. Verstärkte Beteiligung von Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und zivilem deutschen Personal an der internationalen Friedenssicherung

Kriege und Konflikte, die im globalen Vergleich zwar nur solche „kleiner“ und „mittlerer“ Größe, lokal und regional aber katastrophal sind, sind als weiterer Grund für die immer mehr außer Kontrolle geratende Spirale von wirtschaftlichem Verfall, Armut, Flüchtlingen, Migration und Umweltschäden und dann mehr Flüchtlingen, mehr Gewalt und mehr Zerstörung genannt worden. Wenn die Beseitigung dieses Zustands sowohl aus humanitären Erwägungen als auch aus einem wohlverstandenen Eigeninteresse (Migrationswellen, Umwelt etc.) ein grundlegendes Ziel deutscher Nord-Süd-Politik ist, wie es von allen gesellschaftlichen Gruppen und Parteien betont wird, dann liegt es auf der Hand, daß internationale Friedenssicherung – einschließlich des dazu notwendigen Einsatzes von Bundeswehroldaten – ein Eckstein deutscher Nord-Süd-Politik werden muß, ähnlich wie das für den europäischen Raum diskutiert wird. Die „reichen Länder“ werden eine grundlegende Entscheidung zugunsten des finanziellen, persönlichen und strukturellen Ausbaus von VN-Frie-

densicherungskapazitäten treffen müssen, wenn von den großen Worten über eine „Neue Weltordnung“ etwas wahr werden soll. Deutschland und Japan haben keine guten Gründe, sich dieser Aufgabe zu entziehen.

In einer anderen Studie ist nachgewiesen worden, wie sehr die Nachfrage nach einer direkten Beteiligung der VN durch Blauhelme oder ähnliche Einsatzformen an der Beendigung von Konflikten in der „Dritten Welt“ angestiegen ist und weiter ansteigt²⁷⁾. Die den VN für diese Aufgabe zur Verfügung stehenden personellen, logistischen und finanziellen Kapazitäten sind inzwischen weit überzogen. In einem Vortrag in Bonn hat Generalsekretär Javier P. de Cuéllar kürzlich auf diesen Tatbestand hingewiesen und die deutsche Politik zu einer intensiveren Beteiligung bei der VN-Friedenssicherung aufgerufen. Diese Beteiligung würde dringend gebraucht²⁸⁾. In der Praxis hat sich der Zug bereits in diese Richtung in Bewegung gesetzt, zuerst durch den Einsatz von Angehörigen des Bundesgrenzschutzes bei der UNTAG (United Nations Transition Assistance Group) in Namibia und später der Bundeswehr zur Unterstützung der kurdischen Flüchtlinge im Iran. Im Sommer 1991 wurden den VN erstmals eine Transall-Transportmaschine und drei Transporthubschrauber der Bundeswehr für den Einsatz im Irak zur Verfügung gestellt, in der weißen Farbe der VN. Bemannt mit militärischem Personal, jedoch ohne Waffen und Rangabzeichen, unterstützen sie die VN-Sonderkommission, die die vollständige Besei-

tigung der Massenvernichtungswaffen des Irak überwachen soll²⁹⁾.

Die bisherige Praxis, daß die Bereitstellung von Blauhelmen eine Domäne vor allem kleinerer Staaten wie der skandinavischen Länder ist, wird sich nicht aufrechterhalten lassen. Kriegsbeendigung und -verhinderung im Rahmen der VN sowie alle damit zusammenhängende Maßnahmen sollten deswegen ein wichtiges und gegenüber NATO-„out-of-area“-Einsätzen der Bundeswehr vorrangiges Ziel deutscher Sicherheitspolitik im Nord-Süd-Verhältnis werden. Dies entspricht dem Geist des Grundgesetzes. Da der Wortlaut jedoch nicht eindeutig ist, sollte eine entsprechende Klarstellung im Verfassungstext erfolgen. Denn eine umstrittene Verfassungslage ist kein guter Ausgangspunkt für den Einsatz der Bundeswehr, bei dem Leib und Leben der Soldaten gefährdet sein kann. „Peacekeeping“ ist kein Spaziergang, sondern ein schwieriges Geschäft mit Risiken, das große Professionalität verlangt.

Resümierend kann festgestellt werden, daß nicht nur für die Bundeswehr, sondern für die deutsche politische Kultur eine Beteiligung an der internationalen Friedenssicherung eine Herausforderung sein dürfte, die sie mit Sicherheit weltoffener und verantwortungsvoller als die gegenwärtige machen würde. Die Gefahr eines Rückfalls in provinzielles oder gar offen rassistisches Denken ist in den letzten Wochen und Monaten ja nicht nur in den neuen Bundesländern deutlich geworden. So wie es innenpolitisch einer Entscheidung über die Frage bedarf, ob wir ein Einwanderungsland sind, das in der Lage ist, die damit einhergehenden multikulturellen Herausforderungen anzunehmen, so bedarf es außenpolitisch einer Entscheidung hinsichtlich unserer veränderten globalen Verantwortlichkeit.

²⁹⁾ Des weiteren wurden im August 1991 fünfzehn Angehörige des Bundesgrenzschutzes zur Erfüllung „polizeilicher“ Aufgaben als Blauhelme der VN in die Westsahara entsandt, ähnlich wie seinerzeit nach Namibia.

²⁷⁾ Vgl. Winrich Kühne, Deutsche Blauhelme und Neue Aufgaben der Internationalen Friedenssicherung. Ein Diskussionsbeitrag zum Einsatz der Bundeswehr außerhalb Europas, unveröffentlichtes Manuskript, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1991.

²⁸⁾ Vgl. Javier Pérez de Cuéllar, Neue Herausforderungen der Vereinten Nationen, in: Europa-Archiv, 46 (1991) 14, S. 416-421.

Die Ursachen der anhaltenden Unterentwicklung

Zur Jahrtausendwende werden etwa sechs Milliarden Menschen auf der Welt leben; davon werden etwa drei Milliarden extrem arm sein, d.h. am Rande des physischen Existenzminimums mehr überleben als leben; eine weitere Milliarde wird arm sein, d.h. die elementaren Grundbedürfnisse (Essen, Kleidung, Wohnung, Transport, Medikamente usw.) kaum befriedigen können; eine weitere Milliarde wird gut versorgt sein und die letzte Milliarde wird im Wohlstand leben¹). Zwei Drittel der Weltbevölkerung werden demnach arm oder extrem arm sein. Es bedarf nicht besonderer Phantasie, um sich vorzustellen, was vier Milliarden arme und extrem arme Menschen in sozialer, ökologischer und nicht zuletzt auch in politischer Hinsicht bedeuten, wobei zu bedenken ist, daß sie zum allergrößten Teil in den Entwicklungsländern leben werden. Das Ergebnis der vergangenen Entwicklungsdekaden ist somit mehr als ernüchternd. In den meisten Entwicklungsländern zeigt sich nicht die erhoffte „nachholende Entwicklung“; regionale und sektorale Modernisierungsprozesse finden zwar vielfach statt, gleichzeitig bauen sich aber immer komplexere wirtschaftliche, politische, soziale, demographische und ökologische Probleme auf, die einem konstruktiven Zugriff allmählich zu entgleiten drohen.

Das Ende des Ost-West-Konflikts hat zu einer weitgehenden Beendigung der systemar bedingten Konfrontation in den Entwicklungsländern geführt, wodurch für sie neue Chancen aufgrund größerer Autonomie, aber auch neue Risiken aufgrund eines nachlassenden Interesses seitens der Industrienationen entstanden sind. Die bislang tonangebenden Entwicklungstheorien²) werden

davon nicht unberührt bleiben, denn sie waren zu einem erheblichen Teil selber kulturelle Produkte des Ost-West-Konflikts. Im deutschsprachigen Raum gebührt insbesondere Dieter Senghaas³) der Verdienst, schon frühzeitig und kenntnisreich auf eine Reihe von ideologischen Irrläufern der entwicklungstheoretischen Diskussion aufmerksam gemacht zu haben. Die bisherige Entwicklungspolitik verursacht Frustrationen, weil sie sowohl quantitativ wie qualitativ weit davon entfernt ist, in den Entwicklungsländern eine positive Dynamik auf breiter Front zu bewirken, und die bisherigen Entwicklungstheorien verursachen Frustrationen, weil sie trotz eines großen intellektuellen Aufwands an einer nomologischen Erklärung für Entwicklung bzw. Unterentwicklung letztlich gescheitert sind⁴).

Im vorliegenden Beitrag soll die entwicklungstheoretische Diskussion der vergangenen Jahre und Jahrzehnte nicht noch einmal aufgerollt werden; dies ist an anderer Stelle bereits ausgiebig geschehen. Statt dessen wird das Thema induktiv und pragmatisch angegangen.

1. Was ist Entwicklung und Unterentwicklung?

Die Begriffe Entwicklung und Unterentwicklung bezeichnen im Grunde keine Gegensätze, sondern die äußeren Pole eines Kontinuums, auf dem die einzelnen Nationen aufgereiht sind. Der politische und journalistische Sprachgebrauch hat zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern eine ziemlich willkürliche Grenze gezogen; zum Teil wird diese Grenze mit Hilfe einiger handlicher Indikatoren (z.B. Pro-Kopf-Einkommen) gezo-

¹) Der vorliegende Beitrag ist an mehrere Vorarbeiten des Verfassers angelehnt: Ein Dritter Weg für die Dritte Welt? Nachholende Nationalbildung im Schnittpunkt entwicklungspolitischer und hegemonialer Interessen, Baden-Baden 1985; Der Fall Lateinamerika. Die Kosten des Fortschritts, München 1990; Umwelt- und Ressourcenschutz in der internationalen Entwicklungspolitik, Baden-Baden 1990.

²) Z.B. die Imperialismus-Theorie (Luxemburg; Unterkonsumptionstheorie; Sternberg; Theorie der internationalen industriellen Reservearmee; Lenin; Theorie der Monopolbildung und der weltweiten Gewinnmaximierung; weiterhin verschiedene Versuche einer Weiterentwicklung dieser „klassischen“ Ansätze durch Amin, Baran, Bettelheim, Palloix, Sweezy u.a.); die Dependenz-Theorie mit einer bürger-

lich-nationalistischen (Sunkel, Furtado, Jaguaribe u.a.) und einer marxistischen Richtung (Frank, dos Santos, Córdova, Cardoso, Ianni, Quijano u.a.); die Theorie der zirkulär-kumulativen Verursachung (Myrdal u.a.); die Modernisierungstheorie bzw. der „Desarrollismo“ (Hirschman, Prebisch, Knakal, Pinto u.a.); die Theorie des ungleichen Tausches (Amin, Emmanuel, Mandel u.a.); die Theorie der Weltmarktbeziehung des Kapitals (Bosch, Schöller u.a.).

³) Vgl. Dieter Senghaas, Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen, Frankfurt 1982.

⁴) Vgl. Ulrich Menzel, Das Ende der „Dritten Welt“ und das Scheitern der großen Theorie. Zur Soziologie einer Disziplin in auch selbstkritischer Sicht, in: Politische Vierteljahresschrift, 32 (1991) 1, S. 4–33.

gen, zum Teil ist sie aber auch das Ergebnis bestimmter geographischer („Die Länder des Südens“) oder politischer („Die Dritte Welt“) Konventionen.

Derartige Unterscheidungen zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern sind jedoch wenig befriedigend: Die Auswahl der üblicherweise verwendeten Indikatoren ist willkürlich und führt häufig zu einem falschen Bild, weil es sich in der Regel um nationale Durchschnittsdaten handelt, bei denen Verteilungskriterien weitgehend unberücksichtigt bleiben. Die geographische Definition der unterentwickelten Länder ist unbrauchbar, weil niemand genau sagen kann, wo der Norden aufhört und der Süden anfängt, und weil es sowohl entwickelte Länder im Süden (z.B. Australien) wie auch unterentwickelte Länder im Norden (z.B. Mongolei) gibt. Der Begriff der „Dritten Welt“ wiederum bezeichnet jene Länder, die weder zur „Ersten“ (westliche Industrienationen) noch zur „Zweiten Welt“ (sozialistische Staaten) gehören; da von der „Zweiten Welt“ nicht mehr so recht die Rede sein kann, kann es eigentlich auch keine „Dritte Welt“ mehr geben, abgesehen davon, daß die „Erste“ und „Zweite“ Welt nie sauber von der „Dritten Welt“ abgegrenzt werden konnten.

Die Crux solcher Definitionen, die letztlich alle mühsam und unscharf sind, liegt darin, daß vor ihrer Formulierung bereits bekannt ist, welche Länder als unterentwickelt bezeichnet werden sollen und nur mehr ein gemeinsamer Nenner gesucht wird, der alle diese Länder umfaßt und sie gleichzeitig von den übrigen Ländern abgrenzt. Besser erscheint ein einfacher und sehr pragmatischer Ansatz: Entwicklung bezeichnet demnach einen umfassenden Prozeß gesellschaftlichen Wandels, der anhand einer Vielzahl von wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, politischen und ökologischen Indikatoren dargestellt und sozusagen als Momentaufnahme in einem spezifischen Entwicklungsprofil abgebildet werden kann. Der Begriff der Entwicklung hat nicht nur eine beschreibende, sondern im Sinne von „Fortschritt“ auch eine wertende Dimension, d.h. es ist nicht gleichgültig, in welchen Bereichen der Wandel stattfindet, z.B. in der Diversifizierung der Bonbonsorten oder in der Verbesserung des Bildungssystems. Das entscheidende Kriterium für Entwicklung muß letztlich die Verbesserung der kollektiven Lebensqualität sein, und zwar jeweils vorrangig in jenen Bereichen, in denen sie besonders defizient ist.

Die kollektive Lebensqualität setzt sich aus vielen Elementen zusammen, die zum Teil nur schlecht

oder gar nicht im objektiven Sinne gemessen werden können wie Glück oder Ästhetik. Andere Elemente sind aber gut zu erfassen, und zwar über eine Fülle von Indikatoren, die das konkrete Alltagsleben der Menschen sowie die ökologische Qualität ihrer Umgebung betreffen⁵⁾.

Die sogenannten Entwicklungsländer können in bezug auf viele Aspekte kaum sehr überzeugend z.B. gegenüber Portugal, Irland, Griechenland, Jugoslawien, Bulgarien oder sogar der Sowjetunion abgegrenzt werden, und sie unterscheiden sich auch untereinander zum Teil erheblich; das einzige, das sie verbindet, ist die Tatsache, daß ein großer Teil ihrer Bevölkerung am Rande des Existenzminimums lebt (dem widerspricht nicht, daß es in diesen Ländern zum Teil sehr entwickelte, „moderne“ Sektoren und Regionen gibt). Dies scheint die einzige sinnvolle Definition von Entwicklungsländern bzw. unterentwickelten Ländern zu sein.

2. Ursachen für Entwicklung und Unterentwicklung

Alle monokausalen Thesen über Entwicklung und Unterentwicklung beleuchten nur einen kleinen Ausschnitt des gesamten Problems und führen letztlich in die Irre. Daher ist es wichtig zu erkennen, daß es eine Vielzahl von Faktoren gibt, die in jedem Land und in jeder historischen Situation in einer sehr spezifischen Mischung und Verknüpfung wirksam werden. Manche Faktoren spielen darüber hinaus in einzelnen Fällen eine herausragende Rolle, in anderen Fällen aber nicht; so bilden z.B. im Tschad das trockene Klima und die magere Ressourcenausstattung besondere Entwicklungshemmnisse, nicht aber in Zaire; dort scheinen eher Probleme der politischen und wirtschaftlichen Organisation im Vordergrund zu ste-

⁵⁾ Vgl. Peter Bartelmus, *Environment and Development*, Boston-London-Sydney 1986; „The central purpose of economic and social development is to meet human needs ... the satisfaction of human needs is indeed the whole purpose of growth, trade and investment, development assistance, the world food system, population, policy, energy planning, commodity stabilization, ocean management, monetary reform and of arms control ... When development is viewed as a more complex integration of social, cultural, economic, political, and environmental factors, satisfaction of the needs of the individual citizen for an adequate standard and quality of life becomes the key measure“ (Houston Declaration on Human Needs, International Conference on Human Needs, co-sponsored by the University of Houston and the Aspen Institute for Humanistic Studies, Houston, Juni 1977, S. 1. zit. in: John McHale/Magda McHale, *Meeting Basic Human Needs*, in: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 442 [1979], S. 13-27).

hen. Es gibt also eine spezifische Gewichtung der einzelnen Faktoren, wobei in einer überwiegend günstigen Faktorenkonstellation auch ungünstige Faktoren kompensiert werden können.

Ein besonderes Problem, das bei der Analyse von Entwicklung und Unterentwicklung auftritt, besteht allerdings darin, daß zwar viele bedeutsame Faktoren isoliert werden können, ihre Gewichtung und ihre gegenseitige Verknüpfung aber schwer zu bestimmen sind. Fällt im Falle Brasiliens z.B. der Faktor Bevölkerungswachstum mehr ins Gewicht als die chronische Wirtschaftskrise? Hängt das Bevölkerungswachstum möglicherweise sogar mit der chronischen Wirtschaftskrise zusammen, da letztere zu schwierigen Lebensbedingungen beiträgt, unter denen es aus mikro-sozialer Sicht bekanntlich naheliegen kann, viele Kinder zu haben? Fördert das Bevölkerungswachstum vielleicht auch umgekehrt die chronische Wirtschaftskrise, da die marginale Bevölkerung volkswirtschaftlich mehr Kosten als Nutzen produziert? Solche Fragen bezüglich der Gewichtung und Verknüpfung der für die Entwicklung bzw. Unterentwicklung verantwortlichen Faktoren treten in großer Zahl auf; die verschiedenen entwicklungstheoretischen Ansätze fügen sie zwar zu bestimmten Systemen zusammen, aber die bisherigen Ergebnisse sind doch einigermaßen unbefriedigend, weil die spezifische Konstellation der Faktoren in jedem einzelnen Land und in seiner jeweils besonderen historischen Phase im Rahmen allgemeiner Theorien keine angemessene Berücksichtigung finden kann. Die Folgerung daraus ist simpel, nämlich die Erkenntnis, daß die Ursachen für Entwicklung und Unterentwicklung in jedem spezifischen Fall gesondert analysiert werden müssen, wenn man gehaltvolle Aussagen erwartet und sinnvolle Ansätze für die Überwindung der Unterentwicklung herausarbeiten will. Dabei geht es im wesentlichen um folgende Faktoren, deren Beitrag für die Behinderung bzw. Förderung des Entwicklungsprozesses im konkreten Fall zu beurteilen ist:

1. *Physische Faktoren:* Größe, geographische Lage, Klima, ökologische Qualität, Ausstattung mit Rohstoffen u. ä.
2. *Demographische, ethnische und kulturelle Faktoren:* Bevölkerungszahl, Bevölkerungswachstum, Bevölkerungsverteilung, ethnische Zusammensetzung, ethnisches Konfliktpotential, dominante Religion(en) und Werte (einschließlich Arbeits- und Wirtschaftsethik), Akkulturationsbereitschaft u. ä.
3. *Soziale Faktoren:* Soziales „Niveau“ (gemessen anhand sozialer Indikatoren), sozio-ökonomisches Modell, Schichtung, Verteilung, Eliten,

Mobilität, Berufsstruktur, soziales Konfliktpotential, Verstärkerung, sozialer Wandel, Rolle der Frau u. ä.

4. *Wirtschaftliche Faktoren:* Wirtschaftliche „Masse“, Struktur und Leistungsfähigkeit, Art der Einbindung in die Weltwirtschaft (einschließlich terms-of-trade, Weltmarktnachfrage, Handelsrestriktionen, Preisbildung, Kreditangebot, Kreditbedingungen, Verschuldung, evtl. wirtschaftlicher Boykott), binnen- und außenwirtschaftliche Konjunktur, Art der Wirtschaftspolitik u. ä.
5. *Politische Faktoren:* Politisches System, Rolle des Staates, Rolle einzelner interner Akteure (Einzelpersonen, Parteien, Streitkräfte usw.), Rolle externer Akteure, professionelle Kompetenz der politischen Führung und der Verwaltung, politische Kultur (einschließlich Korruption, Nepotismus, Autoritarismus, Militarismus usw.), dominante Ideologien (einschließlich dadurch bedingter Mißwirtschaft und Fehlallokation von Ressourcen) u. ä.
6. *Sonstige Faktoren:* Naturkatastrophen (z.B. Wirbelstürme, Vulkanausbrüche, Erdbeben), anthropogene Umweltschäden (z.B. Zerstörung von Acker- und Weideland, Veränderung des Wasserhaushalts, industrielle Katastrophen), Mißernten sowie Kriegskosten und -schäden.

3. Nachholende Entwicklung?

Bei der Beschäftigung mit der Problematik von Entwicklung und Unterentwicklung stößt man fast automatisch auf die Frage, ob die Entwicklungsländer die historische Entwicklung der heutigen Industrienationen zeitvershoben und verkürzt nachholen. Letzteres wird ja vielfach angenommen. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß dies zwar einzelnen Entwicklungsländern zu gelingen scheint (z.B. den „vier kleinen Tigern“), den meisten offensichtlich aber nicht. Im folgenden werden einige Unterschiede zwischen der historischen Entwicklung der heutigen Industrienationen und der Entwicklungsländer aufgeführt; zwar sind nicht alle diese Unterschiede in jedem einzelnen historischen Fall gegeben, wohl aber die meisten:

Die ersten Industrienationen waren zugleich führende Weltmächte (bzw. profitierten von deren Nachbarschaft) und konnten die externen Entwicklungsfaktoren weitgehend zu ihren Gunsten kontrollieren. Kolonialismus und Imperialismus, deren Opfer die heutigen Entwicklungsländer waren, bewirkten eine zusätzliche Akkumulation.

Eine Behinderung oder Deformierung der Entwicklung im Stile der bisherigen Ost-West- und Nord-Süd-Probleme gab es nicht. Die ersten Industrienationen waren eben „die ersten“, d. h. sie hatten einen großen Innovationsvorsprung und einen beträchtlichen Wettbewerbsvorteil; sie verhielten sich protektionistisch, solange dies zweckmäßig war, und setzten den Freihandel durch, nachdem sie internationale Wettbewerbsfähigkeit erlangt hatten; den heutigen Entwicklungsländern wurde der Freihandel frühzeitig von außen aufgezwungen, was die Herausbildung monokultureller Strukturen förderte und eine ausgewogene Entwicklung auf der Basis eigener Ressourcen und eigener Kompetenz verhinderte.

Die Industrialisierung der heutigen Industrienationen erfolgte innengeleitet, kumulativ, polyzentrisch und mit vollständigen Zyklen im Rahmen einer vernetzten Produktionsstruktur, d. h. vom Roheisen bis zur kompletten Maschine und von der Zuckerrübe bis zum fertigen Zucker; die Landwirtschaft ernährte die eigenen Städte und nicht andere Länder. Zwar entstand während der Industrialisierung der heutigen Industrienationen eine „industrielle Reserve-Armee“ mit allen sozialen Übeln, wie wir sie auch in den heutigen Entwicklungsländern erleben, trotzdem konnte die sogenannte soziale Frage letztlich einigermaßen befriedigend gelöst werden, erstens weil es von der „Masse“ her um bescheidene Größenordnungen im Vergleich zu vielen der heutigen Entwicklungsländer ging, zweitens weil das Bevölkerungswachstum in den frühen Industrienationen geringer war (massive Bevölkerungsverluste durch Seuchen, Kriege und Auswanderung), drittens weil der Industrialisierungsprozeß langsamer und geordneter erfolgte, viertens weil sich die politischen Eliten und Gegendeliten entschlossener und kompetenter mit diesem Problem beschäftigt haben, fünftens weil die wirtschaftliche Potenz der betreffenden Länder eine Lösung dieses Problems erleichterte und sechstens weil die betreffenden Konflikte ungehinderter und letztlich konstruktiver ausgetragen werden konnten, da die Internationalisierung innerstaatlicher Krisen noch nicht die Regel war.

Betrachtet man die genannten Punkte, die man um weitere ergänzen könnte, dann wird verständlich, warum sich die Industrialisierung der heutigen Industrienationen trotz vielfältiger Spannungen und Konflikte im Vergleich zu den heutigen Entwicklungsländern organischer, auf weiterer Basis und im Rahmen eines stärker innengeleiteten Prozesses vollziehen konnte. Trotz der krampfhaften Formen des Wachstums und seiner bekannten ge-

sellschaftlichen Konsequenzen war dieser Prozeß doch ein anderer als jener, der sich in den heutigen Entwicklungsländern vollzieht. Die These, wonach die Entwicklungsländer eine nachholende Entwicklung durchmachen, ist wohl sehr fragwürdig, sieht man von wenigen Ausnahmen ab. Regionale und sektorale Modernisierungsprozesse finden zwar in vielen Entwicklungsländern statt, gleichzeitig häufen sich aber auch alte und neue Probleme einer solchen Dimension, daß der Entwicklungsprozeß letztlich nichts anderes ist als eine komplexe und chronische Krise, die sich aus vielen unterschiedlichen und zum Teil widersprüchlichen Elementen zusammensetzt.

Will man diese Krise bewältigen, so muß vieles gleichzeitig geschehen, da zahlreiche Entwicklungshemmnisse interdependent verwoben sind. Die Tatsache, daß es möglich ist, diese negativen Regelkreise zu durchbrechen, zeigt der Fall Südkoreas oder Taiwans, wo wichtige entwicklungsfördernde Faktoren offensichtlich erfolgreich entfaltet und zur Geltung gebracht werden konnten, während viele entwicklungshemmende Faktoren kontrolliert bzw. ausreichend kompensiert wurden.

4. Wer ist „schuld“ an der anhaltenden Unterentwicklung?

Ein Teil der „Schuld“ an der anhaltenden Unterentwicklung liegt an Faktoren, die nicht durch menschliches Handeln zu beeinflussen und nur schwer zu kompensieren sind, z. B. an einer schlechten Ressourcenausstattung, an ungünstigen klimatischen Verhältnissen oder an Zerstörungen aufgrund von Naturkatastrophen.

In synoptischer Perspektive läßt sich aber feststellen, daß die meisten Ursachen der Unterentwicklung anthropogen sind, wobei die „Opfer“ leichter zu identifizieren sind als die „Täter“ (Verursacher, Profiteure). Ganz holzschnittartig reduziert sich die Schuldfrage auf zwei grundlegende Positionen: 1. „Die armen Länder werden von den reichen Ländern beherrscht und ausgebeutet“, und 2. „Die armen Länder sind unfähig, sich selber zu entwickeln und die Hilfe der reichen Länder sinnvoll einzusetzen.“ Diese Thesen gibt es in vielen detailreichen und mehr oder weniger elegant formulierten Varianten, wobei auch stärker persönliche („die Imperialisten“, „die Kommunisten“, „die Scheichs“, „die Diktatoren“) und stärker anonyme Aspekte („der Weltmarkt“, „das kapitalistische bzw. sozialistische System“, die „strukturelle Gewalt“) in den Vordergrund gerückt werden. Dieser Beitrag gibt Gelegenheit, die Gewichtung der in-

ternen (sozusagen hausgemachten) und externen (sozusagen internationalen) Entwicklungshemmnisse etwas genauer zu betrachten, wobei es im folgenden ausschließlich um die Entwicklungshemmnisse anthropogenen Ursprungs geht.

Die externen Entwicklungshemmnisse ergeben sich aus politischer Bevormundung und ungünstigen außenwirtschaftlichen Bedingungen. Am extremsten läßt sich beides anhand der sogenannten Bananenrepubliken zeigen: Diese formal souveränen Länder sind de facto halbkoloniale Gebilde und leben im wesentlichen davon, daß sie Bananen (oder andere landwirtschaftliche Produkte bzw. Rohstoffe) ausführen und die meisten Bedarfsgüter einführen. Sie sind nicht nur extrem abhängig von ausländischen Regierungen und ausländischen Unternehmen, sondern sie reagieren auch geradezu reflexartig auf die Entwicklung der betreffenden Weltmarktpreise, die sie selber nicht kontrollieren können; die gesellschaftliche Struktur und der Entwicklungsprozeß sind das unmittelbare Ergebnis der allgegenwärtigen Exportwirtschaft, die von externen Interessen gefördert und geschützt wird.

Gegen die These, die armen Länder seien unfähig, sich selber zu entwickeln und die Hilfe der reichen Länder sinnvoll einzusetzen, läßt sich also einwenden, daß externe Abhängigkeit sehr wohl zu einer deformierten Entwicklung beitragen kann, weil die im jeweiligen Land vorhandenen menschlichen, materiellen und finanziellen Ressourcen nicht im Sinne einer optimalen, innengeleiteten Entfaltung zugunsten entwicklungspolitischer Prioritäten eingesetzt werden können. Dabei dürfen drei Punkte jedoch nicht übersehen werden:

1. „Von außen“, also vom internationalen System (einschließlich Weltmarkt), kommen nicht nur Behinderungen im Sinne von Bevormundung und Benachteiligung, sondern auch wichtige Innovationsimpulse und wirtschaftliche Chancen; eine Abschottung der Entwicklungsländer würde ihre Entwicklung nicht beschleunigen, sondern im Gegenteil erheblich bremsen; letztlich muß es für sie darum gehen, eigene Anstrengungen zu unternehmen und solche Formen der internationalen Kooperation (darunter Nischen in der Weltwirtschaft) zu suchen, die sich „unter dem Strich“ entwicklungsfördernd auswirken; zwischen Autarkie und Kolonialstatus gibt es diesbezüglich ein breites Spektrum.
2. Das internationale System (einschließlich Weltmarkt) kann nicht für alle Deformationen der Entwicklungsländer verantwortlich gemacht

werden, weil es auch „hausgemachte“ Entwicklungshemmnisse gibt.

3. Die meisten Entwicklungsländer sind keine Bananenrepubliken, d.h. sie haben ein erhebliches Maß an staatlicher Souveränität und Autonomie für die Durchsetzung einer eigenständigen Politik. Die externe Entwicklungsdynamik setzt sich in diesen Ländern ja nicht erzwungenermaßen durch, sondern wesentlich nach Maßgabe dessen, was die betreffenden ökonomischen und politischen Eliten wollen, zulassen, unterlassen bzw. fördern.

Da den externen Entwicklungshemmnissen in den meisten entwicklungstheoretischen Ansätzen und in der öffentlichen Diskussion eine ausschlaggebende Rolle zugewiesen wird und in vielen Entwicklungsländern nach wie vor zahlreiche imperialistische Mythen im Umlauf sind, die von der eigenen Verantwortung für die anhaltende Unterentwicklung ablenken sollen, wird im folgenden versucht, den Blick für jene Dimensionen der Entwicklungsproblematik zu schärfen, die bislang vernachlässigt waren. Damit wird zugleich nahegelegt, von einer einseitigen Verteilung der politischen und moralischen Verantwortung für das Elend in den Entwicklungsländern abzukommen; Unterentwicklung ist nämlich nicht nur das Ergebnis von Behinderungen aufgrund externer Zwänge, sondern zu einem ganz erheblichen Teil auch das Produkt der Interessen, Organisationsformen, Verteilungsstrukturen und Kompetenzen in den Entwicklungsländern selber. Die Adressaten einer entwicklungspolitischen Kritik können also nicht nur alleine die Industrienationen oder das von ihnen zwar beherrschte, aber dennoch weitgehend anonyme internationale System (einschließlich Weltmarkt) sein, sondern vor allem auch die *Eliten der Entwicklungsländer* selber. Diese mögen zwar historische Produkte internationaler Strukturen und Prozesse sein, aber sie sind nichtsdestoweniger politische Akteure mit erheblichen Handlungsspielräumen und Verantwortlichkeiten.

5. Hausgemachte Entwicklungshemmnisse

Die wichtigsten Entwicklungshemmnisse, die in der Verantwortung der Entwicklungsländer selber liegen, sind folgende:

1. Ein ganz entscheidendes Entwicklungshemmnis ist das explosionsartige Wachstum der Bevölkerung, das bekanntlich mit elementarer Armut wesentlich zusammenhängt. Die Hoffnung, eine gedeihliche Bevölkerungsentwicklung im

Zuge der Überwindung der elementaren Armut zu erreichen, ist für die meisten Länder ein Trugschluß, denn das starke Bevölkerungswachstum ist ja gerade einer jener Faktoren, welcher die Überwindung der elementaren Armut verhindert. Die durchschnittlichen Zuwachsraten verringern sich zwar (mit der Ausnahme Afrikas) allmählich, doch dieser Prozeß erfolgt viel zu langsam, um die sich abzeichnenden demographischen Katastrophen verhindern zu können. Angesichts dieser Situation erscheint es dringlich, eine effiziente geburtenkontrollierende Politik zu betreiben, aber dies geschieht lediglich in ganz wenigen Entwicklungsländern, und von diesen sind lediglich drei von der Masse her relevant (China, Indonesien und Mexico).

2. Die Verteilung von Macht, Besitz, Einkommen und Chancen ist in fast allen Entwicklungsländern außerordentlich unausgewogen und ungerecht; dadurch werden große Teile der Bevölkerung nicht nur extrem benachteiligt, sondern ihre Arbeitsfähigkeit und ihre Intelligenz werden auch nicht sinnvoll entfaltet und eingesetzt. Entsprechend gibt es ständige Spannungen und Konflikte, die viele Kräfte binden und wie Sand im Getriebe wirken. Auch die vorhandenen Mittel (Rohstoffe, Land, Kapital, Arbeit, Kreativität) werden nicht dergestalt entfaltet und eingesetzt, daß eine vernünftige und gerechte Gesellschaft entsteht, sondern in einer solchen Weise, daß die Kapitaleigner möglichst viel Gewinn machen. Gegen letzteres ist zwar grundsätzlich nichts einzuwenden, aber das Gewinnstreben muß viel stärker als bisher im Sinne des Gemeinwohls nach sozialen wie ökologischen Kriterien diszipliniert werden.
3. Die Oberschichten leben zu einem beträchtlichen Teil parasitär, d. h. sie leisten wenig Sinnvolles und verbrauchen viel Unnötiges. Hinzu kommt, daß die gehobenen Berufe wenig auf die Probleme des Landes abgestimmt sind. Die Oberschichten identifizieren sich in der Regel auch wenig mit den zentralen Problemen der Nation. Man beobachtet zwar einen allgegenwärtigen, geradezu euphorischen Nationalismus, aber dieser bedeutet nicht, daß die Eliten von den Problemen des Massenelends, der Umweltzerstörung oder der Verschuldung in besonderer Weise betroffen sind. Das sind letztlich „Probleme der Regierung“. Die Regierung beruft sich auf die Erblast, die sie von der vorigen Regierung übernommen hat, und so wird dieses Sankt-Florians-Prinzip in allen Varianten durchgespielt, ohne daß wirkliche Ver-

antwortung übernommen wird und die notwendigen Entscheidungen fallen.

4. Ein weiteres Entwicklungshemmnis ist die verbreitete Mißwirtschaft, Fehlplanung und Korruption sowie politische Systeme, in denen der Personenkult, die Vetternwirtschaft und der Opportunismus nach wie vor eine große Rolle spielen. In vielen Fällen fehlt es auch in erheblichem Maße an öffentlicher Moral, an einem Verantwortungsgefühl für das Gemeinwohl und an einem Arbeitsethos der Verwaltung. Eine zusätzliche politische Belastung stellt das Militär dar, das nicht nur zahlreiche Ressourcen bindet, die viel besser verwendet werden könnten, sondern sich häufig auch wie ein Staat in Staaten verhält und sich immer wieder zur „Rettung des Vaterlandes“ berufen fühlt. Gestützt wird dieses politische System durch eine ineffiziente, komplizierte, schwerfällige und ebenfalls korrupte Bürokratie.
5. Weitere Probleme sind mit der mangelnden Strukturpolitik und der unzureichenden Kontrolle der Stadtentwicklung verbunden. Die Politik versagt häufig bei einer sinnvollen Agrarpolitik (einschließlich Agrarreform und Eindämmung der Landflucht), während die Städte, in denen der größte Teil der Bevölkerung in den Entwicklungsländern lebt, in aller Regel völlig chaotisch wachsen; sie bringen ein Milieu hervor, das für die Bürger immer belastender wird.
6. Als letzter Punkt sollte die Umweltzerstörung und Ressourcenplünderung erwähnt werden, die in den Entwicklungsländern zunehmend katastrophale Ausmaße angenommen hat und zu einem ganz erheblichen Ausmaß „in eigener Regie“ erfolgt. Gegen Kritik an dieser Politik (bzw. an diesem Laissez-Faire) verwahren sich viele Verantwortliche in den Entwicklungsländern mit der Aufforderung, sich nicht in ihre inneren Angelegenheiten zu mischen („ökologischer Imperialismus“), oder sie vertreten die bekannte These, arme Länder könnten sich Umweltschutz nicht leisten; mit dieser These, die leicht zu falsifizieren ist⁶⁾, wird nicht nur eine durchsichtige apologetische Absicht verfolgt, sondern zugleich versucht, internationale Hilfgelder für hausgemachte Defizite einzusetzen.

Die hier angeführten Punkte sind nicht mißzuverstehen: Ohne Frage gibt es in vielen Entwicklungsländern gesellschaftliche Prozesse, die auch im ge-

⁶⁾ Vgl. M. Wöhlcke, Umwelt- und Ressourcenschutz (Anm. 1), S. 47 ff., 67 ff.

werteten Sinne als Fortschritt wahrgenommen werden.

Solche Prozesse finden zwar statt, aber sie betreffen erstens die Bevölkerung in sehr unterschiedlicher Weise, und sie werden zweitens von einer Reihe negativer Entwicklungen begleitet, wie sie oben skizziert wurden. Es geht hier natürlich nicht darum, ein negatives Zerrbild der Entwicklungsländer zu entwerfen, sondern in kurzer und pointierter Form auf Entwicklungsprobleme hinzuweisen, ähnlich wie ein Arzt, der sich vornehmlich mit der Krankheit und nicht mit der Gesundheit befaßt. Wir erkennen in vielen Entwicklungsländern also durchaus einen positiven Entwicklungsstrang, daneben aber auch eine Verschleppung vieler alter sowie eine Anhäufung neuer Probleme, und zwar in einem solchen Ausmaß, daß der positive Entwicklungsstrang zunehmend entwertet und gefährdet wird.

Das Kernproblem der Entwicklung ist gar nicht so sehr darin zu sehen, den wirtschaftlichen Prozeß mit mehr oder weniger Erfolg zu dynamisieren – und bereits dies gelingt bekanntlich nur ausnahmsweise –, sondern die Rahmenbedingungen für einen gesellschaftlichen Wandel zu schaffen, der selbsttragend und langfristig nach drei Prioritäten ausgerichtet sein sollte: *Existenzsicherung* (Grundbedürfnisbefriedigung); *Sozialverträglichkeit* (angemessene Verteilung der gesellschaftlichen Pflichten, Rechte und Erträge) und *Umweltfreundlichkeit* (Erhaltung der materiellen Verfügbarkeit, der natürlichen Regenerationsfähigkeit und eines Milieus, das der physischen wie psychischen Gesundheit der Menschen zuträglich ist).

Diese drei Prioritäten betreffen in ganz entscheidendem Maße die Politik der Entwicklungsländer selber. Das internationale System mag zwar in bestimmten Bereichen entwicklungs-hemmende Rahmenbedingungen setzen, aber innerhalb dieser gibt es beträchtliche entwicklungs-politische Spielräume. Wenn seitens der Entwicklungsländer z. B. die externe Verschuldung gegenwärtig als das entscheidende Entwicklungshemmnis hervorgehoben wird, so werden dahinter gerne eigene Versäumnisse versteckt, die mit der Verschuldung überhaupt nichts zu tun haben, wie z. B. Defizite in bezug auf die Durchführung einer Agrarreform, die Nivellierung der Einkommensverteilung, die Moralisierung und Professionalisierung der Verwaltung, die Achtung der Menschenrechte, die Geburtenkontrolle usw.

Bezüglich der Ursachen für die anhaltende Unterentwicklung bedarf es sowohl seitens der Industrie wie der Entwicklungsländer nicht nur der gegen-

seitigen Kritik, sondern vor allem auch der Selbstkritik, um im Dschungel der entwicklungs-politischen Ideologien, Illusionen und interessengebundenen Argumente die Übersicht zu behalten und schnelle Schlüsse sowie wohlfeile Schuldzuweisungen zu vermeiden.

6. Neue externe Bedingungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

Die Konsequenzen der veränderten Ost-West-Beziehungen für die Entwicklungsländer sind ambivalent zu beurteilen. Sicherlich wird ein Prozeß der globalen Restrukturierung eingeleitet, der zu einer relativen Marginalisierung der Entwicklungsländer führen wird, möglicherweise mit Ausnahme einiger weniger Länder, die aufgrund einer besonderen politischen, wirtschaftlichen oder militärischen Entwicklung bzw. geographischen Lage eine prominente Position innerhalb des internationalen Systems behalten bzw. erringen können. Die sicherheitspolitische Rolle der Entwicklungsländer für die ehemaligen Blöcke als Austragungsort der Auseinandersetzung um die globale Hegemonie verschwindet. Damit wird die Bedeutung dieser Länder für die Industrienationen im wesentlichen auf ihr wirtschaftliches Gewicht (einschließlich ihrer Ressourcenausstattung) sowie auf ihren möglichen Beitrag zur Verschärfung bzw. Überwindung der sogenannten „Global Challenges“ reduziert.

Bezüglich der wirtschaftlichen Aspekte wird folgendes angenommen: Als Folge der Auflösung der Blöcke entstehen zwischen den Entwicklungsländern und in ihrem Verhältnis zu den Industrienationen neue Konkurrenzen, und die ehemaligen bzw. noch bestehenden sozialistischen Länder Osteuropas werden versuchen, die wirtschaftlichen Möglichkeiten der westlichen Industrienationen viel stärker als bisher für sich zu nutzen, was letztlich auf Kosten der Entwicklungsländer gehen dürfte. Die absehbare Tendenz deutet in Richtung auf einen „Rückzug der Metropolen auf sich selbst“⁷⁾. Abzusehen ist ebenfalls, daß die Länder Osteuropas mehr als bisher mit den Entwicklungsländern konkurrieren dürften und daß sie ihre bisherige Wirtschafts- und Entwicklungshilfe vermutlich spürbar reduzieren werden.

Der naheliegende Gedanke, ob die als Folge der eingetretenen Entspannung zwischen Ost und West eingesparten Rüstungsmittel zu einer Auf-

7) Vgl. Rainer Falk, Schlechte Zeiten oder neue Chancen? Der Umbruch in Europa und die Dritte Welt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (1990) 3, S. 294.

stockung der Entwicklungshilfe umgewidmet werden könnten, ist wohl nicht sehr realistisch, und zwar vor allem aus drei Gründen: Erstens wird ein Teil der eingesparten Mittel für den Aufbau Osteuropas gebunden, zweitens dürfte eine derartige Umwidmung an zahlreichen innenpolitischen und haushaltstechnischen Gründen scheitern und drittens steht dem wohl auch die mangelhafte Komplementarität zwischen Entwicklungshilfegebern und -empfängern entgegen, d. h. trotz dringenden Bedarfs an Hilfsmaßnahmen in den Entwicklungsländern sind die dortigen Rahmenbedingungen häufig so schlecht, daß es bereits heute Mühe macht, für alle zur Verfügung stehenden Mittel sinnvolle Projekte zu identifizieren („project finding“). Auf indirektem Wege erscheinen positive Effekte der Abrüstung in den Industrienationen für die Entwicklungsländer allerdings denkbar, und zwar über die Sanierung der Haushalte aufgrund ihrer Entlastung von Rüstungsausgaben, was insbesondere im Falle der USA positive wirtschaftliche Effekte – auch zugunsten der Entwicklungsländer – erwarten läßt; dies dürfte allerdings kaum exakt zu quantifizieren sein.

Das Ende des Ost-West-Konflikts ist für die Entwicklungsländer natürlich von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung, denn die bisherigen Nord-Süd-Beziehungen waren zu einem beträchtlichen Maße Teil des Ost-West-Konflikts. Das Ende des Ost-West-Konflikts bedeutet weniger politisches Engagement der Industrienationen gegenüber den Entwicklungsländern, weniger Bevormundung, weniger erzwungene oder erkaufte Loyalität, weniger Interventionismus, weniger Internationalisierung regionaler Konflikte sowie weniger weltpolitische Aufmerksamkeit für Ereignisse und Prozesse in den Entwicklungsländern. Das internationale System bekommt eine stärker polyzentrische Struktur, und innerhalb dieser Struktur wächst den Entwicklungsländern mehr Autonomie zu, die jedoch eine ambivalente Errungenschaft ist: Einerseits haben diese Länder nunmehr größere Bewegungsfreiheit, um ihre eigenen Entwicklungsvorstellungen zu verwirklichen und ihre eigene Kompetenz zu entfalten, andererseits erleiden sie auch mögliche Nachteile; paradoxerweise hatten ja viele Entwicklungsländer im Rahmen des Ost-West-Konflikts auch beträchtliche politische, ideologische und wirtschaftliche Spielräume, da die jeweilige Bündnismacht in gewisser Weise instrumentiert und geradezu „erpreßt“ werden konnte und die Blockfreien sich ihre Blockfreiheit direkt oder indirekt honorieren ließen.

Auch die politischen Strukturen in den Entwicklungsländern werden nicht unbehelligt bleiben.

Die Ost-West-Konfrontation hat ja unter anderem dazu geführt, daß der Osten wie der Westen wenig penibel waren bei der Auswahl der jeweils „befreundeten“ Regierungen bzw. Oppositionsgruppen. Nach der Devise „der Feind meines Feindes ist mein Freund“ wurden von beiden Seiten Gruppen unterstützt, deren Kompetenz und Integrität zum Teil sehr zu wünschen übrig ließ und die ohne eine solche Unterstützung sicherlich keine derart prominente politische Rolle gespielt hätten. Anders ausgedrückt bedeutet dies, daß die Ost-West-Konfrontation in den Entwicklungsländern politische Polarisierungen gefördert und kompetente reformerische Kräfte der linken wie der rechten Mitte tendenziell geschwächt hat.

Dies heißt allerdings nicht notwendigerweise, daß sich die Situation entscheidend verbessern wird, sobald die von außen zum Teil aufgezwungenen und zum Teil subventionierten Modelle zusammenbrechen sollten, weil die Voraussetzungen für eine effiziente Entwicklungspolitik aufgrund jahrzehntelanger Mißwirtschaft und Korruption meistens schlecht sind und sich die für eine derartige Politik erforderlichen Eliten vielfach gar nicht herausbilden konnten.

Der absehbare Prozeß einer relativen Marginalisierung der Entwicklungsländer im Rahmen des internationalen Systems ist allerdings nicht gleichbedeutend mit deren Isolation. Als Folge der Auflösung der Blockantagonismen und der verstärkten Herausbildung polyzentrischer Strukturen wird die „Durchlässigkeit“ der Entwicklungsländer, die früher aufgrund ihrer Einbindung in den Ost-West-Konflikt gegenüber dem jeweils anderen „Lager“ relativ abgeschottet waren, für die Interessen aller internationaler Akteure erhöht; das ist unter entwicklungspolitischen Aspekten bekanntlich ambivalent zu beurteilen, da eine verstärkte transnationale Integration zwar sektorale Entwicklungseffekte auszulösen vermag, die nationale Desintegration zugleich aber fördert⁸⁾.

Zusammenfassend läßt sich zum Ende des Ost-West-Konflikts feststellen, daß sich der disziplinierende und dynamisierende, aber auch deformierende Einfluß der bisherigen Ersten und Zweiten Welt in der Dritten Welt abschwächen wird, was für die Entwicklungsländer sowohl neue Chancen wie auch neue Risiken mit sich bringen dürfte. In jedem Fall ist zu hoffen, daß ihr Zuwachs an Autonomie zu einem entsprechenden Zuwachs an politischer Verantwortung führen wird.

⁸⁾ Vgl. Osvaldo Sunkel, Transnationale kapitalistische Integration und nationale Desintegration: Der Fall Lateinamerikas, in: Dieter Senghaas (Hrsg.), Imperialismus und strukturelle Gewalt, Frankfurt 1972, S. 258 ff.

Agrarökologische Probleme der Tropen

I. Ökologische Systeme in den Tropen

Um agrarökologische Probleme der Tropen auch im Hinblick auf die Entwicklungshilfe zu verstehen, müssen die Tropen erst allgemein beschrieben werden. Es entsteht sonst der Eindruck, es handle sich bei den Tropen um eine einheitliche natürliche Region.

Übergeordnetes Kriterium zur Abgrenzung der Tropen von den Außertropen sind Unterschiede in der Temperatur. In den Tropen ist die Tageschwankung der Temperatur größer als die jährliche Temperaturschwankung. Im Tiefland liegt das Jahresmittel über 18°C, und es herrscht Frostfreiheit. Die Jahresmitteltemperatur von mindestens 18°C besagt als Wärmemangelgrenze, daß bestimmte tropische Kulturpflanzen unter diesem Wert nicht mehr gedeihen.

Aus der jahreszeitlichen Verteilung der Niederschläge und den Niederschlagsmengen folgt eine weitere Unterteilung der Tropen. Diese Differenzierung zeigt sich besonders in der unterschiedlichen Ausprägung der Vegetation. Auch alle anderen Glieder des Ökosystems wie die Hydrologie, der Boden und das Relief unterliegen diesem klimatischen Wandel. Notwendigerweise sind ebenso die Handlungsstrategien der Menschen auf dem Agrarsektor den unterschiedlichen Voraussetzungen unterworfen.

Lauer nimmt eine grobe Zweigliederung in Feucht- und Trocken-Tropen vor¹⁾. Die Grenze zwischen beiden Tropenarten liegt bei sechs ariden Monaten, d. h. Monaten ohne Niederschlag. Eine feinere Untergliederung verschiedener tropischer Klimazonen ergibt sich aus folgender Übersicht.

Die Untergliederung erfolgt bei dieser Klassifikation eigenen Entwurfs aus einer Kombination klimatologischer und pflanzenkundlicher Kriterien. Sie kommt daher der Behandlung ökologischer Fragestellungen entgegen.

Das Klima des immerfeuchten Regenwaldes ist besonders ausgeglichen. Die täglichen Tempera-

Tropische Klimazonen

Klimatyp	Vegetation	aride (niederschlagsfreie) Monate
1. vollarid	Wüste	11-12
2. subarid	Halbwüste und Dornsavanne	8-10
3. semiarid	Trockensavanne	6- 7
4. semihumid	Feuchtsavanne	4- 5
5. subhumid	halbbimmergrüner Feuchtwald	2- 3
6. vollhumid	immergrüner Regenwald	0- 1

turschwankungen führen im Verlauf des Vormittags zu einer Erwärmung. Als Folge steigt die feuchte Luft auf, und es kommt fast täglich zu Gewittern. Eine markante Trockenzeit fehlt.

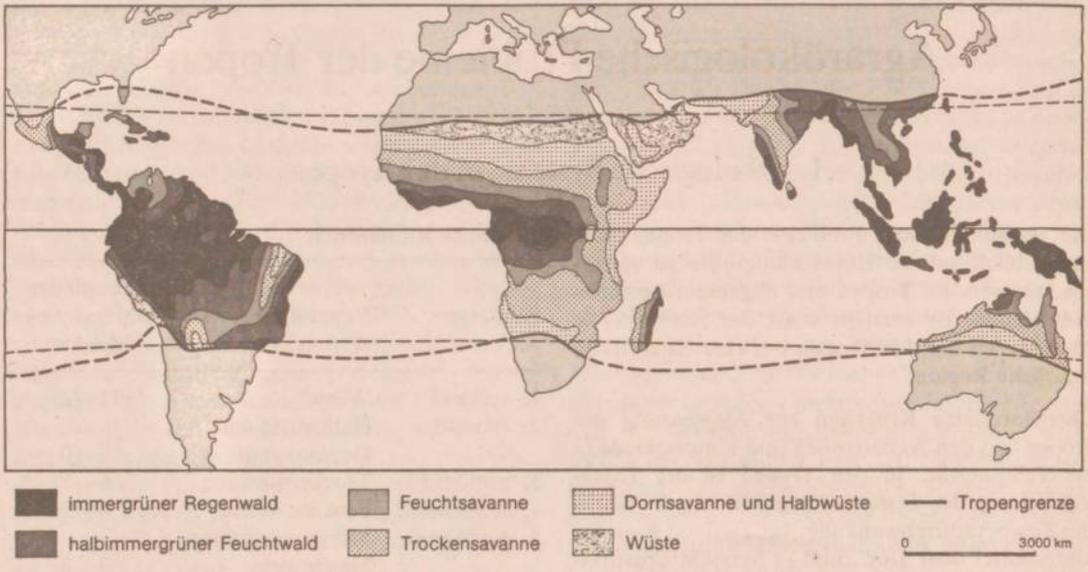
Die ganzjährig hohen Temperaturen und die Feuchte führen zu einer intensiven, tiefgründigen chemischen Verwitterung des Bodens. Er kann daher nur wenig Nährstoffe binden. Diese „Ferralit“ genannten Böden sind also sehr nährstoffarm. Aber auch in den inneren Tropen bestimmen Relief und Gestein die Bodenbildung. So bilden sich auf vulkanischen Aschen, in Gebirgen, Becken und Tiefenlinien durchaus nährstoffreiche Böden.

Die überwiegend nährstoffarmen Böden stehen im Kontrast zur üppigen Wuchskraft des tropischen Regenwaldes, die im besonderen Nährstoffkreislauf begründet liegt. Dabei werden vor allem Stickstoffverbindungen aus der dünnen Humusschicht vor ihrer Zersetzung über Bodenpilze (*Mykorrhiza*) den Pflanzen zurückgeführt. Man spricht vom „kleinen Nährstoffkreislauf“, der rasch und direkt abläuft. Die Vegetation ist an diese Bedingungen, z. B. durch ein flach streichendes Wurzelwerk, angepaßt.

Der Idealtyp eines immergrünen tropischen Regenwaldes zeigt eine ungewöhnliche Artenvielfalt. Sie bedingt eine hohe ökologische Stabilität, schafft aber auch denkbar ungünstige Bedingun-

¹⁾ Vgl. W. Lauer, Vom Wesen der Tropen, in: Abhandlung der Math.-Nat. Klasse, Akademie der Wissenschaften und der Literatur 3, Mainz 1975.

Abb.: Die Unterteilung der Tropen in Klimazonen



gen für eine waldwirtschaftliche Nutzung. Die dichte Bodenüberschirmung wirkt sich günstig auf den Wasserhaushalt aus. Zum einen ist der Oberflächenabfluß vermindert, so daß Bodenabtrag eine untergeordnete Rolle spielt. Zum anderen werden große Teile des Niederschlags durch Transpiration wieder an die Atmosphäre abgegeben. Der tropische Regenwald ist daher ein wirksamer Klimaregler.

Durch das Relief und die Land-See-Verteilung modifiziert, schließen sich zu den Wendekreisen hin die anderen tropischen Zonen an, die sich durch eine allmähliche Abnahme der Niederschläge auszeichnen. Letztere sind an Regenzeiten gebunden, so daß man auch von wechselfeuchten Tropen spricht.

Hier folgen den Regenwäldern der immerfeuchten Tropen zuerst die halbbimmergrünen Feuchtwälder. In dieser Zone unterscheidet sich die naturnahe Vegetation zwar von der vorhergehenden durch kurzzeitigen Laubfall eines Teils der Bäume sowie einer eingeschränkteren Wuchskraft und geringeren Artenzahl. Die bodenbildenden Prozesse gleichen jedoch denen der immerfeuchten Warmtropen, so daß prinzipiell noch keine großen Unterschiede in den Ökosystemen festzustellen sind. Die Agrarwirtschaft nimmt jedoch ebenso wie in den folgenden Feuchtsavannen wesentlich höhere Anteile als in der Regenwaldregion ein, da die Inwertsetzung der Nutzflächen leichter fällt.

Die natürliche Vegetation der Feuchtsavanne ist durch ein Nebeneinander von Baumbeständen und

Grasländern gekennzeichnet. Die Bäume passen sich der periodischen Trockenzeit durch eine Einschränkung der Transpiration, z. B. durch Laubfall, an. Die brusthohen Gräser trocknen weitgehend ab.

Auch in den Feuchtsavannen besitzen viele Böden ähnliche Eigenschaften wie jene der Regenwaldzone. Aufgrund des geringeren Feuchteangebots und der ausgeprägten Trockenzeit sind Basen und Kieselsäuren in solchen „Ferrisialiten“ aber weniger stark ausgewaschen. Der Wechsel von Trocken- und Regenzeit führt vor allem bei schütterer Vegetation zu Beginn der Regenzeit zu erheblichem Bodenabtrag. In Ebenen und Mulden wird das Material eingeschwemmt. Solche „Vertisole“ sind dementsprechend nährstoffreicher, und die Bodenfeuchte hält sich länger. Sie sind aber auch schwerer zu bearbeiten, was dazu führt, daß die Hanglagen intensiver genutzt werden. Die Folge ist ein verstärkter Bodenabtrag.

In der Trockensavanne wird die pflanzliche Produktion nicht mehr durch Nährstoffarmut, sondern durch klimatische Trockenheit limitiert. Die Pflanzen passen sich mit zunehmender Aridität durch wassersparende oder -speichernde Organe an. Lichte Baumgruppen mit Schirmkronen überschatten kniehohe Gras. Die abnehmenden Niederschläge gehen mit einer wachsenden Variabilität einher, d. h. Regenzeiten können ausfallen. Beide Faktoren beeinflussen sehr stark die Bodenbildung. Die Entwicklungstiefe nimmt weiter ab, ebenso die chemische Verwitterung und damit der

Tonanteil. Außerdem findet kaum noch eine Auswaschung von Nährstoffen statt. Da die Niederschläge meist als Starkregen fallen, ist mit abnehmender Vegetationsbedeckung die Erosionsgefahr besonders hoch. Bei Jahresniederschlägen von 500 bis 1 000 mm ist nur periodisch Regenfeldbau möglich, ansonsten wird unter Bewässerung angebaut. Die Viehwirtschaft gewinnt mit Rückgang des Ackerbaus an Bedeutung.

In den Dornsavannen, Halbwüsten und Wüsten spielt der Ackerbau mit Ausnahme von Bewässerungsflächen bzw. Oasen überhaupt keine Rolle mehr. Es handelt sich um ökologisch besonders labile Gebiete, die bei Übernutzung sehr leicht degradiert werden. Hier sei die Ausbreitung der Wüste (Desertifikation) in der Sahelregion stell-

vertretend angeführt, die ebenfalls zu den agrarökologischen Problemen der (Rand-)Tropen zählt.

Die in weiten Teilen der Tropen ungünstigen Eigenschaften der Böden führten zur Einschätzung einer ökologischen Benachteiligung der Tropen²⁾. Die Üppigkeit der tropischen Regenwälder steht dieser Tatsache entgegen. Von einer generellen Benachteiligung der Tropen kann nicht ausgegangen werden, denn die Teilzonen lassen aufgrund ihrer komplexen ökologischen Ausstattung keine Verallgemeinerung in bodenkundlicher Hinsicht zu. Außerdem sind für die gesamten Tropen die hohen, ausgeglichenen Temperaturen als Gunstfaktor zu sehen. In den inneren Tropen kommt die ganzjährig genügende Feuchtigkeit hinzu³⁾.

II. Traditionelle Nutzungsformen in den Tropen

Die aufgezeigte Zonierung deutet an, daß in den Tropen auch die Agrarsysteme und die damit einhergehenden ökologischen Probleme vielfältig sind. Die Spanne reicht vom Nomadismus bis zur Plantagenwirtschaft und von der Abholzung des Regenwaldes bis zur Desertifikation in Savannen.

Um bei den traditionellen Nutzungsarten der Viehwirtschaft in den Zonen der Wüsten bis Trokensavannen zu beginnen, sind hier Formen des Nomadismus zu erwähnen, die ausschließlich in der alten Welt in Gebieten begrenzten Regenfeldbaus anzutreffen sind. Für die Tropen seien die Stämme der Fulbe (Westafrika) und die der Massai (Ostafrika) als Träger jahreszeitlicher Wanderungen mit Viehherden erwähnt. Da in der Kolonial- und Nachkolonialzeit die Weidegebiete durch Plantagen-Wirtschaft, Bevölkerungswachstum und Grenzziehungen erheblich eingeengt wurden, sind nun die Wandermöglichkeiten begrenzt und nomadische Nutzungen auf trockenere Standorte zurückgedrängt. In der vorkolonialen Zeit mit geringen Wachstumsraten der Bevölkerung war der Nomadismus durchaus als ökologisch angepaßte Nutzungsform zu verstehen. Unter den heutigen Bedingungen einer radikalen Einschränkung der Wandermöglichkeiten und einer Bevölkerungsexplosion in vielen Ländern der Dritten Welt

kommt es meistens zu einem Überbesatz der Weiden. Folgen davon sind eine Ausbreitung der Wüste und katastrophale Hungersnöte beim mehrmaligen Ausbleiben von Regenzeiten.

Überall in den feuchten Tropen, also vom Regenwald bis zur Feuchtsavanne, ist die „shifting cultivation“ als eine der traditionellen Formen des Ackerbaus gebräuchlich. Bei diesem Verfahren wird der Urwald mit Buschmesser und Feuer gerodet. Durch das Abbrennen steht im Oberboden schlagartig eine große Menge an Nährstoffen bereit, die aber aufgrund der geringen Rückhaltekräfte des Bodens rasch zurückgeht. Die Bearbeitung erfolgt mit der Hacke bzw. dem Grabstock, eine Zusatzdüngung findet nicht statt. Die rasche Bodenverarmung zwingt die Bauern, nach zwei bis vier Jahren die Wirtschaftsfläche zu verlagern. Auf dem aufgegebenen Feld bildet sich wieder Wald, der für eine begrenzte Regeneration der Bodenfruchtbarkeit sorgt. Die Grenzen des Wanderfeldbaus sind im enormen Flächenbedarf zu sehen.

Mit zunehmender Bevölkerungsdichte geht die Nutzform vom Wanderfeldbau zum Rotationsfeldbau über, ebenfalls eine recht primitive Form, die trotz hohen Arbeitsaufwandes von geringer Wirtschaftlichkeit geprägt ist. Der Landwechsel erfolgt in festen Zyklen um die lockeren Siedlungen. Bei Landknappheit werden die Brachejahre immer kürzer, so daß eine Regeneration durch Sekundärwald kaum noch erfolgt: der Boden verarmt zunehmend. Auf diese Weise tragen z.B. entsprechende „Milpa“-Systeme Mexikos massiv zur

²⁾ Vgl. W. Weischet, Die ökologische Benachteiligung der Tropen, Stuttgart 1980.

³⁾ Vgl. J. Schultz, Das ökologische Potential der feuchten Tropen für die agrare Nutzung, in: Freiburger Geographische Hefte, (1982) 18, S. 27-43.

Landflucht bzw. zur Überbordung von Städten bei.

Es ist aber zu betonen, daß die primitiven Formen des Wander- und Rotationsfeldbaus vorerst an dünn besiedelte Regionen mit hohem Waldanteil gebunden waren. Sobald der Bevölkerungsdruck wuchs, ohne daß Migrationsgebiete zur Verfügung standen, mußten Techniken größerer Effektivität entwickelt werden. Auch hierfür gibt es in der traditionellen Landwirtschaft der Tropen Beispiele, deren Untersuchung wichtige Impulse für eine angepaßte Nutzung geben können.

Wiederum weltweit (aber weniger verbreitet) anzutreffen ist der gemischte Anbau in mehreren „Stockwerken“, der den sensiblen Nährstoffkreis der natürlichen Waldsysteme optimal imitiert. So wird z. B. an den unteren Hangpartien des Kilimandscharo und in den Usambarabergen (Tansania) schon seit vorkolonialer Zeit intensiver, permanenter Ackerbau betrieben. Unter bodenaufbessernden Schattenbäumen (Honigerzeugung) folgt ein Stockwerk aus Bananenstauden, Kaffeesträuchern und Obstbäumen. Zuunterst oder zwischengeschaltet werden Maniok, Süßkartoffeln und Gemüse angebaut. Zusatzdüngung erfolgt mit Stallmist, der bei der Haltung weniger Tiere anfällt.

Aber auch einförmiger Anbau kann traditionell verankert sein. Dies belegen Reiskulturen auf Bali, wo gerade in den feuchtesten Regionen die dichteste Bevölkerung herrscht, die bei flächenzehrenden Anbaumethoden wie Wander- oder Rotationsfeldbau keine Existenzmöglichkeiten hätte. So unterliegen die Reiskulturen Bewirtschaftungssystemen, in denen die sofortige Reparatur defekter Terrassen und Bewässerungskanäle oberstes Gebot ist. Die ausgeklügelten Verfahren reichen vom gezielten Einsatz von Enten bei der Schädlingsvertilgung bis zur besonders wertvollen Vogelmist-Düngung in versetzbaren Pferchen unter Auf-

sicht eines dörflichen „Entenhüters“. Sobald sich allerdings Bevölkerungsteile im Rahmen des indonesischen Umsiedlungsprogramms „Transmigrasi“ von hierher in menschenarme Regenwaldgebiete vermitteln lassen (Kalimantan, Irian Jaya), geraten diese Techniken in Vergessenheit. Angesichts der vermeintlich unbegrenzten Flächenreserven kommt es dann fast zwangsläufig zu den primitiven Formen des Landaufbrauchs.

Schließlich sei als Beispiel aus den Hochgebirgen die Terrassenwirtschaft im bolivianischen Kallawaya-Tal vorgestellt, wo in einem für die spanischen Kolonisatoren unattraktiven Rückzugsgebiet inkaische Systeme überdauern. Auch hier bildet eine ausgefeilte Terrassenwirtschaft an den steilen Talhängen die Grundlage. In bewässerten Gemeinschafts-Fluren wird Naturdung für die gleichmäßige Verteilung in die Kanäle eingegeben, wobei Fruchtwechsel unter Einschaltung bodenverbessernder Leguminosen (Stickstoff anreichernde Pflanzen) die Bodenfruchtbarkeit zusätzlich erhalten. Auf unbewässerten Flurstücken kommt die Zelgenwirtschaft (Felderkomplex kann von allen Berechtigten in gleicher Weise und zur gleichen Zeit genutzt werden) zum Tragen, wobei die Anzahl der Brachejahre auf die Trockenheit und Bodenqualität im betreffenden Talabschnitt ausgerichtet ist. Dieses System der siedlungsnahen Bewirtschaftung ist eingebettet in einen saisonalen Wirtschaftsverbund mit Viehhaltung in den Hochlagen und mehrschichtigen Mischkulturen in tieferen Regionen.

Bleibt zu ergänzen, daß Wander- und Rotationsfeldbau durchweg höchstens die Selbstversorgung des Produzenten gewährleistet. Die Beispiele des Terrassenanbaus in Indonesien und Bolivien dienen zusätzlich der lokalen bis regionalen Marktversorgung. Daneben ist schließlich der gemischte Stockwerkanbau auch schon mit einer bescheidenen internationalen Marktorientierung verbunden.

III. Innovationen des Landbaus in den Tropen

Gilt das Produktionsziel in den traditionellen Betrieben also der Lebensmittel-Versorgung im Lande (food crops), so kommt seit Beginn der jeweiligen Kolonialzeit der Anbau von Erzeugnissen für Übersee-Staaten hinzu (cash crops). Zu diesen von außen kommenden Innovationen zählt seit dem 17. Jahrhundert die Einrichtung riesiger Weideflächen in den Haziendas Lateinamerikas sowie seit dem 18. Jahrhundert die Plantagen-Wirtschaft. In die jüngere Phase der politischen Unabhängigkeit

der meisten Tropenländer fällt als neuer Schritt der Beeinflussung die Ausweitung des offenen Feldbaus im Rahmen der „Grünen Revolution“⁴⁾.

Die Hazienda-Wirtschaft konzentrierte sich zunächst auf die Trocken- und Feuchtsavannen. Da hier auch Zentren indianischer Kulturen lagen, bedingte die Anlage riesiger Weideflächen einen

⁴⁾ W. Weisheit, Die Grüne Revolution. Erfolg, Möglichkeiten und Grenzen in ökologischer Sicht, Paderborn 1978.

Interessenkonflikt mit der einheimischen Landwirtschaft. Hinzu trat die Zwangsrekrutierung von Einheimischen im Rahmen des „encomienda“-Systems, die somit der traditionellen Agrarwirtschaft entzogen wurden. Ökologische Schäden löste vorerst nur indirekt die Verdrängung von Bauern in Rückzugsgebiete aus. Dieses Problem hielt in nachkolonialer Zeit an, wobei nun auch halbimmergrüne Feuchtwälder der Hazienda-Wirtschaft zum Opfer fielen. Im Regenwald Amazoniens schreitet dieser Prozeß bis heute fort.

Die Plantagen-Wirtschaft, die den Schwerpunkt französischer und englischer Interessen bildete, findet ihren Ursprung bereits im vorkolonialen Genußmittel-Handel mit Asien und Afrika. Als wichtigste Exportprodukte führen Kaffee und Tee, später auch Zuckerrohr, Sisal und Kokos zum Expansionsdrang der Kolonialmächte. Seit Ende des letzten Jahrhunderts kommen Kakao, Kautschuk und Bananen hinzu, dann Ananas und afrikanische Ölpalmen sowie als jüngste Entwicklung in den letzten zehn Jahren Zierpflanzen und Mangos. Strukturell zeichnen sich diese Plantagen durch mehrjährige und damit zumeist hochwüchsige Kulturpflanzen aus. Dies betrifft vor allem die Baumplantagen mit Palmen oder Kautschuk, während die ebenfalls mehrjährigen Zierpflanzen- und Ananas-Plantagen niederwüchsige Kulturen bilden. Der Forderung einer bestmöglichen Imitation der natürlichen Ökosysteme entsprechen am ehesten die traditionellen Kaffeepflanzungen. Hier werden die Nutzsträucher ebenfalls von bodenaufbessernden Schattenbäumen überschirmt; Unkraut wird toleriert, d.h. gejätet und nicht ausgerottet (Erosionsschutz).

Die französische und englische Einflußnahme sowie jene der frühen multinationalen Konzerne kollidierten nicht im gleichen Maße wie die spanische Hazienda-Wirtschaft mit einheimischen Interessen. Denn in erster Linie fielen den Plantagen Regen- und Feuchtwälder zum Opfer.

Nahezu menschenleer war z.B. die karibische Küstenebene Zentralamerikas, in der sich die United sowie etwas später die Standard Fruit Company

ihren Namen machte. Den politischen Einflußnahmen dieser Konzerne in den „Bananenrepubliken“ zum Trotz darf nicht verschwiegen werden, daß die materielle und soziale Versorgung einheimischer Arbeitnehmer hier einen relativ fortschrittlichen Stand erreichte. Und selbst in dichter bevölkerten Kolonien wie in Kenia und Tanganjika wurde mit dem Aufbau von Großplantagen auf Gunststandorten eher ein kleinerer Teil der traditionellen Kleinbauern verdrängt, etwa in den White Highlands in Kenia. Hier gerieten etwa 20 Prozent des nutzbaren Ackerlands in weiße Hände.

Mitte der sechziger Jahre wurden auch im Rahmen der Entwicklungshilfe moderne Agrartechnologien auf die Tropen übertragen. Die Erfolge dieser Technologien beruhen auf dem Einsatz von Hochleistungszüchtungen, die großflächig mit hohem Input von „anthropogener Energie“ angebaut werden. Unter anthropogener Energie werden die menschliche Arbeitskraft, Kunstdünger, Pflanzenschutzmittel, Saatguteinsatz, Maschinen, Treibstoff, Bewässerung und Transport verstanden. Das Ziel liegt in einer Leistungssteigerung, wobei die Konzepte zunächst für die hochtechnisierten Länder der mittleren Breiten erarbeitet wurden.

Ausgerichtet sind die Hilfsmittel des „technofarming“ auf einjährige Kulturpflanzen, also auf Getreide, Hülsenfrüchte, Baumwolle, Soja oder Sesam. Von der traditionellen Plantagen-Wirtschaft werden jene Sorten in die moderne Agrartechnologie einbezogen, die jährlich über Sproßwurzeln neu austreiben, also Zuckerrohr und Bananen. Gerade das Methodenpaket des „technofarming“ erweist sich nun in den Tropen als überaus anfällig. Die anfängliche Euphorie über die Transferidee der grünen Revolution weicht nun einer Ernüchterung, die durch nachlassende Produktionszahlen genährt wird. Sprach man zuerst von einer „ökologischen Benachteiligung“ einer ganzen Landschaftszone, so werden nun allmählich die natürlichen Hintergründe bekannt, die das Scheitern des Technologietransfers erklären. Noch gravierender ist aber das Problem der Schäden, die in den Tropen von diesen Verfahren ausgehen.

IV. Auswirkungen unzweckmäßiger Anbauverfahren in den Tropen

Neben den ökonomischen Nachteilen deuten sich also bereits die ökologischen Gefahren an, die sowohl von einigen der traditionellen als auch von modernen Agrartechniken ausgehen. Eine Unter-

scheidung von internen und externen Problemen ist dabei wenig zweckmäßig, da die meisten „internen Schäden“ bei genauerer Betrachtung auch externe Folgen zeigen. So beschränkt sich in Kultu-

ren mit hohen Wuchsleistungen wie Bananen- oder Zuckerrohrpflanzungen der ungemein hohe Kunstdünger- und Pestizid-Eintrag keineswegs allein auf die Böden. Herbizide und Insektizide gehen über das Grundwasser in die Flüsse ein, wo sie im Rahmen der Nahrungskette zuerst Mikroorganismen beeinträchtigen, sich dann in Organen höherer Lebewesen akkumulieren und schließlich auch die Konsumentengruppe der Säuger sowie die Menschen erreichen. Hiervon abgesehen, werden im folgenden klimatologische und hydrologische Veränderungen, Erosionsschäden und Bodenverarmung getrennt behandelt.

Bei den Klimaveränderungen lassen sich solche globalen und regionalen Ausmaßes unterscheiden. Über weltweite Klima-Auswirkungen intensiver, nicht angepaßter Landnutzungssysteme in den Tropen gibt es keine gesicherten Daten. Schätzungsweise wird über das Abbrennen tropischer Wälder 20 Prozent der anthropogenen Kohlendioxidemission an die Atmosphäre abgegeben. Daneben werden weitere Treibhausgase freigesetzt, etwa Sumpfgas (CH_4) durch Naßreisfelder und anwachsende Viehherden oder Lachgas (N_2O) durch übermäßige Stickstoffdüngung im Boden. Verschiedene Szenarien über die Auswirkungen des Treibhauseffektes auf die weltweite Aufheizung der Troposphäre sind weithin bekannt, so daß dieser Komplex hier unberücksichtigt bleibt. Die Auswirkungen der Rodungen auf den globalen Wasserhaushalt dürften vergleichsweise geringer sein, da 88 Prozent des atmosphärischen Wasserdampfs über den Ozeanen entstehen⁵⁾.

Jedoch verursachen Kahlschläge Änderungen im regionalen Niederschlagsgeschehen. Dies betrifft insbesondere riesige Feldkulturen mit mehrmonatigen Brachen während der Trockenzeit, d. h. in den Zonen der Feuchtwälder und -savannen. Für die pazifische Küstenebene Südamerikas läßt sich beispielsweise nachweisen, daß die Umstellung von walddreichem Weideland und gemischten Fruchthainen auf Baumwoll- und Sojafelder einen markanten Niederschlagsrückgang bedingt. Die Ursachen liegen zunächst in der starken Bodenaustrocknung während der trockenheißen Jahreszeit, nachdem nunmehr die wasserspeichernden Eigenschaften ehemaliger Humusaufgaben fehlen. Nach restlosem Austrocknen der Mineralböden wird die starke Einstrahlung vermehrt in fühlbare Wärme umgewandelt, was zu einer regionalen Überhitzung führt; der Umsatz in latente Energie, also die Verdunstung, bleibt hingegen unter den veränder-

ten Bedingungen offener Feldbrachen nahezu aus. Bezieht man die deutliche Zunahme der Windgeschwindigkeiten mit ein, so wird nun verständlich, daß der kleine Wasserkreislauf zu Beginn der Regenzeit verzögert und gehemmt einsetzt. Tatsächlich ist die Verminderung der Jahresniederschläge in erster Linie auf eine Verlängerung der Trockenperiode zurückzuführen⁶⁾.

Bleibt man in Südamerika, so lassen sich am Beispiel der Kaffeeplantagen in der Sierra Madre de Chiapas auch die hydrologischen Auswirkungen von Nutzungsumstellungen erklären. Hier erleiden seit drei Jahrzehnten die meisten der traditionellen Pflanzungen mit Schattenbäumen, diffuser Strauchverteilung und Unkrauttoleranz starke Ertragseinbußen durch die „roya“, einen Blattpilz. Um dem Produktionsrückgang entgegenzuwirken, wird diese Krankheit durch Besonnung bekämpft, indem die Bewirtschaftung resistenter Sorten in Reihen, ohne Überschirmung und unter Herbizideinsatz erfolgt. Die Reihenerziehung der Kaffeesträucher unterliegt selten der Geländekontur, so daß offene Bahnen bei Starkregen den hangabwärtigen Oberflächenabfluß begünstigen. Würde die Wassereingabe vor der Inkulturnahme durch mehrschichtige Regenwälder oder ebenfalls relativ dichte Pflanzungen gemindert und verzögert („Schwammeeffekt“), so erfolgt nun unter den stark gelichteten Bedingungen eine direkte Reaktion. In der Regenzeit kommt es zu Überschwemmungen, in der Trockenzeit zum Versiegen der Flüsse; da sich dieser Prozeßwandel bis in die pazifische Küstenebene auswirkt, tritt dort zur Verschärfung der klimatischen eine solche der hydrologischen Situation als Fremdeffekt hinzu⁷⁾.

Auch die Phänomene der Bodenerosion lassen sich gut am Beispiel Südamerikas beschreiben. Denn die hydrologische Akzentuierung wird in der humiden Kaffeeanbauzone von massivem Bodenabtrag begleitet. Dies gilt aber auch für die semihumid-semiaride Gegenseite der Sierra Madre, wo ein erhöhter Landbedarf zur Ausweitung der „Milpa“-Systeme führt. So ermöglicht der Vergleich der beiden Teilregionen die Kennzeichnung der spezifischen Merkmale des Bodenabtrags in den immer- und wechselfeuchten Tropen. Für den extrem niederschlagsreichen Kaffeeanbaugürtel (> 4000 mm/a) ist die sogenannte „schleichende

⁵⁾ Vgl. H. Flohn, Das Problem der Klimaänderung in Vergangenheit und Zukunft, Darmstadt 1985.

⁶⁾ Vgl. M. Richter, Die ökologische Problematik exportorientierter cash crops in Mexiko und Zentralamerika, in: Lateinamerika-Studien, (1990) 27, S. 69–101.

⁷⁾ K. Egger, Ökologische Alternativen im tropischen Landbau. Notwendigkeit, Konzeption, Realisierung, in: Freiburger Geographische Hefte, (1982) 18, S. 119–132.

Erosion“ bezeichnend, deren Auswirkungen sich am deutlichsten in der rotbraunen Trübung der Flüsse manifestiert; zynisch ausgedrückt nehmen also Böden den höchsten „Exportanteil“ solcher Regionen ein. Sichtbare Erosionsformen sind trotz der enormen Abtragsrate kaum auszumachen, da flächenhafte Abspülung vorherrscht. Dagegen zeigen die Trockengebiete auf der Gegenseite (< 1500 mm/a) deutlich sichtbare Erosionsschäden. Hier im Milpa-Gebiet nimmt die Variabilität der Niederschläge zu, da längere Trockenphasen von kurzen Starkregenfällen unterbrochen werden. Das Wasser schießt auf den ausgetrockneten Oberflächen ab. Kleinste Unebenheiten führen zur Bündelung des Abflusses, so daß sich Spülrillen zu Gräben und kleinen Schluchten ausweiten. Die Hangzerschneidung schreitet rückwärts fort, wobei selbst naturnahe Standorte in Mitleidenschaft geraten. Kleinere Erdschlipfe und größere Rutsche erweitern diese Einschnitte.

Die am Beispiel Süd Mexiko aufgeführten ökologischen Probleme sind auf andere Tropengebiete übertragbar; dies gilt auch für die Bodenverarmung, die nun wieder als allgemeines Phänomen beschrieben wird. Daß in den Tropen die Fruchtbarkeit der Böden nachläßt, belegen schon die kurzen Nutzphasen in den traditionellen Verfahren des Rodungsfeldbaus. Nur teilweise ist dies auf den raschen Nährstoffentzug zurückzuführen, wobei Kalium durch Auswaschung in den Untergrund und Magnesium durch die Ernteentnahme besonders betroffen sind. Ähnlich gravierend ist bei den raschen Ertragsrückgängen die mit der Nutzungsdauer steigende Phosphatfixierung und Aluminiumtoxizität, die die Feldpflanzen zunehmend beeinträchtigen⁸⁾.

Im Rahmen der technofarming-Konzepte versucht man, der seit langem bekannten Nährstoffarmut und auch der Bodenazidität (Säurehaltigkeit) tro-

pischer Böden mit erhöhten Gaben wasserlöslicher mineralischer Dünger in Verbindung mit dem Anbau von Hochleistungszüchtungen beizukommen. In vielen Fällen wird aber trotz intensiven Kapitaleinsatzes keine Ertragssteigerung erzielt. Der Grund liegt in der fehlenden Nährstoffbindung der Böden, so daß die Nährelemente versickern. Chemische Düngung zeitigt daher in den Tropen nur auf den Substraten mit günstigen Bodeneigenschaften Erfolge. Naturgemäß beziehen sich aber die beschriebenen bodenkundlichen Nachteile und ihre Auswirkungen auf den chemotechnischen Landbau nur auf die Feuchttropen. Die Trockentropen weisen hingegen günstigere bodenkundliche Voraussetzungen auf, zumal die Nährstoffauswaschung aufgrund der geringeren Niederschläge herabgesetzt ist.

Eine entsprechende Differenzierung gilt auch für den Schädlingsbefall der Nutzpflanzen. Denn gerade in den Feuchttropen umfaßt der Artenreichtum auch die sogenannten „Plagen“, d.h. vor allem Viren, Rostpilze und Schadinsekten. Um so anfälliger reagieren gerade dort Monokulturen auf die zahlreichen Schädlinge, von denen vor allem eingeschleppte Arten mangels natürlicher Feinde katastrophale Auswirkungen haben können. Besonders labile Systeme bilden unter anderem Baumwollkulturen, bei denen z.B. in Süd Mexiko die Investitionen für die Schädlingsbekämpfung nach jahrzehntelanger Monowirtschaft die Hälfte der Einnahmen verschlingen. Vergleichsweise erweisen sich bewässerte Kulturen im Norden des Landes als produktiv, da hier die Zahl potentieller Schädlinge in den umgebenden Halbwüsten und Trockensavannen niedrig ist. Bleibt festzuhalten, daß weder die Gesamtheit der ökologischen Faktoren noch alle möglichen Formen der Bodennutzung in den Tropen benachteiligt sind. Die agrarische Inwertsetzung ist allerdings an den unterschiedlichen Vor- und Nachteilen zu orientieren.

V. Möglichkeiten eines angepaßten Landbaus

Daraus ergibt sich, daß Strategien aus anderen Klimazonen nicht unbedacht übertragbar sind, sondern das Nutzungsziel an das natürliche Potential anzubinden ist. Beim Nutzungsziel wiederum dürfen angesichts der engen Finanzlage in den meisten Tropenländern food crops nicht von cash crops verdrängt werden, damit Nahrungsmittel-Importe gering bleiben. Kleinbäuerlichen Be-

triebssystemen kommt demnach eine tragende Rolle für die nationale Versorgung zu.

Als wesentliche Erkenntnis stellt sich heraus, daß Monokulturen in den Tropen aus ökologischer und ökonomischer Sicht besonders störanfällige Systeme bilden. Dies gilt unabhängig vom Technisierungsgrad sowohl für traditionelle Verfahren mit einfachen oder wechselnden Fruchtfolgen ohne Bodenverbesserung als auch für uniformen Anbau mit hohem chemischen Einsatz. Anzustreben ist

⁸⁾ Vgl. J. Schultz, Die Ökozonen der Erde. Stuttgart 1988.

daher unbedingt Bewässerungsfeldbau oder die Einrichtung vielfältiger Mischbestände. Im ersten Fall wird nicht nur das Problem des regionalen Niederschlagsrückgangs vermieden, sondern auch die Bodenauslaugung durch stetige Zufuhr von Sinkstoffen abgeschwächt. Entsprechendes gilt auch für den zweiten Fall, wobei eine dauerhafte Humusproduktion als wichtigster Nährstoffträger im Nutzungssystem zu verankern ist. Bewässerungsfeldbau sowie Strauch- und Baumkulturen schränken zudem bei geringem Pflegeaufwand den Bodenabtrag ein, und selbst die Schädlingsbekämpfung läßt sich unter Wahrnehmung von Nützlingen wirkungsvoller regulieren⁹⁾.

Für die einzelnen Tropenzonen sind unter dem Gesichtspunkt der größtmöglichen Einpassung in die natürlichen Standortgegebenheiten mehrere Formen der ökologisch angepaßten Landnutzung denkbar:

1. Für die Regen- und Feuchtwaldzonen der Warmtropen eignet sich hinsichtlich der regionalen Versorgung Mischanbau mit Baumkulturen oder Schutzpflanzen (gepflanzte Schattenbäume mit bodenverbessernder Funktion oder „Überhälter“ der ursprünglichen Waldvegetation). Zusammen mit Unterkulturen verschiedener Nutzpflanzenarten kommen diese Dauerkulturen den natürlichen Verhältnissen am nächsten, indem sie einen raschen Nährstoffumsatz gewährleisten sowie klimatische Veränderungen, Erosionsschäden und übermäßigen Schädlingsbefall einschränken. Das Verfahren erlaubt ein zweigeteiltes Betriebssystem, da die zusätzliche Erzeugung von Grundnahrungsmitteln einen Risikoausgleich zur völligen Marktabhängigkeit der Kleinbauern bildet.
2. Ebenfalls in den Regen- und Feuchtwaldzonen sind die für den Devisenbedarf erforderlichen Baum- und Strauchkulturen reiner Handelspflanzen nützlich. Reinbestände auf großen Flächen sind jedoch wegen der Plagengefährdung zu vermeiden, so daß sich die Gliederung verschiedener Früchte in Streifenfluren anbietet (z.B. 100 m breite Mango- oder Avocado-Baumreihen, Schneisen mit Kaffee- oder Teesträuchern, Bananen- oder Ananas-Pflanzungen). Hier wäre selbst die Zwischenschaltung von Parzellen mit Trockenfeldbau vertretbar.
3. Trockenfeldbau ist aufgrund seiner regional-klimatischen Auswirkungen in den feuchten

Tropen also einzig auf kleinen Flächen im Umfeld von Agroforst-Beständen mit ökologischer Heckenfunktion akzeptabel. Grundsätzlich ist aber für sinnvolle Fruchtwechsel mit Einschaltung bodenverbessernder Leguminosen (Bohnen, Luzerne, Erdnüsse) und bodenschonender Feldfrüchte (Cassava, Süßkartoffel) zu sorgen. Bewässerungsfeldbau ist jedoch angebrachter, da er eine fortlaufende Bodenbedeckung gewährleistet (Fruchtwechsel, Naßreiskulturen).

4. In den tropischen Gebirgen ist in erosionsgefährdeten Hanglagen die Einrichtung von Kulturterrassen erforderlich. Auch hier bietet sich in kurzen Trockenphasen eine Integration von Bewässerungseinrichtungen an, die nicht nur eine ständige Pflanzenbedeckung und damit Erosionsschutz gewährleisten, sondern auch der Düngung dienen. Dieses System läßt sich im Gegensatz zu den feuchten Tieflagen wegen der geringeren Schädlingsanfälligkeit mit einer bescheidenen Großviehwirtschaftung im Umtriebverfahren verbinden. Terrassierungstechniken beinhalten gegenüber den üblichen Verfahren des Wander- oder Rotationsfeldbaus sowohl einen geringeren Landverbrauch als auch eine größere ökonomische Effizienz.
5. Wegen des höheren Nährwertes der lokalen Naturweiden und der geringeren Krankheitsanfälligkeit sind die Trockentropen besser für die Tierhaltung geeignet als die Feuchttropen. Konsequenzen, bei denen z.B. aus der punktuellen Anlage nur weniger Brunnen die daraus resultierende Viehkonzentration zu einer Überbeweidung führt, müssen vor einer regionalen Umstrukturierung bedacht werden (Sahel-Problematik).
6. Darüber hinaus bieten die Trockentropen bei bedachter Ausschöpfung von Grund- bzw. Tiefenwasservorräten die beste Grundlage für einen Bewässerungsfeldbau. Monokulturen wie Baumwolle, Zuckerrohr, Soja und Sesam unterliegen hier nur einer geringen Schädlingsanfälligkeit und Verunkrautung, bringen aber wegen der optimalen Strahlungsverhältnisse in diesen Zonen die höchsten Erträge überhaupt. Zu beachten ist allerdings das Problem der starken Winderosion, die bei fehlender Bodenbedeckung in den kurzen Phasen nach der Ernte auftritt (Gegenmaßnahmen: Pflanzung von Baumhecken, Beregnung auch während der Trockenbrache) und die Versalzungsgefahr der Böden.

⁹⁾ Vgl. ders., Ist die Agrarproduktion der Tropen ökologisch benachteiligt?, in: Geographische Rundschau, 36 (1984) 7, S. 360-366.

Außer diesen prinzipiellen Konzepten des ökologisch angepaßten Landbaus sind spezielle landwirt-

schaftliche Praktiken zu beachten, die neben dem Ressourcenschutz eine bessere ökonomische Ausschöpfung verfolgen. Diese sind im einzelnen:

- Eine Strukturverschlechterung der ohnehin feinkörnigen Böden durch Verdichtung bei Einsatz schwerer Maschinen und durch Verschlammung oder Verhärtung in Phasen ohne Pflanzenbedeckung muß vermieden werden. Für die Strukturverbesserung empfiehlt sich der Auftrag von Gesteinsmehl bzw. Flußsanden sowie die Bildung von Humusdecken. Letzteres wird durch Mulchen des Bodens erreicht, d. h. durch Abdecken mit Ernterückständen, gejätetem Unkraut oder großen Blättern und auch mit Deckfrüchten. Hierdurch werden eine extreme Aufheizung und Austrocknung des Oberbodens verhindert und die mikrobielle Zersetzung gefördert.
- Auch Kompost- und Stallmist sorgen als Düngemittel durch einen langsamen aber kontinuierlichen Ersatz der Nährstoffverluste für eine stabile Bodenfruchtbarkeit.
- Wird der Nährstoffezug durch die Anlage von Baumkulturen mit selbsterhaltenden Stoff- und Energiekreisläufen ohnehin gemindert, so läßt sich durch Leguminosen die Stickstoffbindung im Boden noch verbessern; zahlreiche Baum- und Straucharten bieten zugleich wertvolles Zufutter für das Vieh. Entsprechendes gilt für den Feldbau.
- Die Züchtung von Nutzpflanzen sollte sich auf Sorten beschränken, die an Marginalstandorte angepaßt und gegen Krankheiten unanfällig sind; resistente Sorten mittleren Ertrags sind gegenüber Hochleistungssorten vorzuziehen.
- Die Förderung einer geschlossenen Laubüberschirmung und einer Humusdecke bieten neben dem Nährstoff-Input auch eine biologische Erosionskontrolle. Als weitere Maßnahmen gegen den Bodenabtrag ist die Unkrauttoleranz mit Jäten anstelle von Herbizideinsatz, die Terrassierung von Hängen und die Anlage von Windschutzhecken anzuführen.
- Eine wirksame Schädlingsbekämpfung ergibt sich aus Mischkulturen und der Gliederung verschiedener Anbauprodukte mit Zwischenschaltung von Hecken und Waldstreifen. Auch technische Verfahren lassen sich mit der biologischen Schädlingsbekämpfung verknüpfen. Hierbei ist eine ständige wissenschaftliche Kontrolle unabdingbar.

VI. Soziale Hintergründe der Agrarstagnation und Ausblick

Als wichtigste Punkte der vorstehenden Ausführungen läßt sich festhalten, daß die Tropen in agrarökologischer Hinsicht nicht grundsätzlich benachteiligt sind und daß die Konzeption des ökologisch angepaßten Anbaus keineswegs im Widerstreit mit ökonomischen Gesichtspunkten steht. So stellt sich die Frage, warum die geeigneten Landbaumaßnahmen in den Tropenländern trotz dieser Erkenntnisse kaum greifen.

Entscheidend für dieses „cluster of absences“ waren nicht nur die häufig in den Vordergrund geschobenen Interessen der Industrieländer, sondern auch die Machtstrukturen in den betroffenen Ländern selbst. Während in Europa und Nordamerika Reformation, Aufklärung und industrielle Revolution zur produktiven Marktwirtschaft führten, blieb in Lateinamerika, Afrika und im Orient die sozio-ökonomische Organisation zumeist in Familienverbänden stecken. So herrschten in zahlreichen Tropenländern „Clans“, deren sich die wechselnden Interessengruppen der Industriegesellschaften zu bedienen wußten. Benachteiligt blieben unter anderem kleinbäuerliche Interessen, solange sie nicht exportorientiert und damit für die

herrschenden Familien wenig profitabel waren. Selbst wohlüberlegte Konzepte von Entwicklungshilfe-Institutionen, sei es das der „Hilfe zur Selbsthilfe“ (Misereor) oder das der „Integrierten ländlichen Regionalentwicklung“ (GTZ), scheiterten oftmals an entsprechenden Strukturen.

Diese Erfahrungen sollten jedoch nicht entmutigen. Denn zumindest teilweise zeichnet sich ein Trendwechsel ab: In Lateinamerika führt die Mißwirtschaft der Militärs zu einem fortschreitenden Demokratisierungsprozeß, und auch in Afrika deutet sich in „Nationalkonferenzen“ ein entsprechender Wandel an. Mit der Interessenveränderung in tropischen Ländern wächst aber auch die Chance eines Wechsels von der materiellen Fremdbeherrschung zu einer wertfreieren Fremdberatung – womit auch zweckmäßigere Formen der Landnutzung vorstellbar werden.

Entwicklungshilfeprojekte, nicht nur in der Agrarwirtschaft, müssen sich an diesen sozialen Gegebenheiten und den oben ausgeführten ökologischen Bedingungen orientieren. Tragen sie dem Rechnung, sind sie als Hilfe für die Dritte Welt auch in Zukunft von großer Bedeutung.

Voraussetzungen, Philosophie und Praxis der Selbsthilfe in der Dritten Welt

I. Einleitung

Unter Selbsthilfe in der Entwicklungspolitik sind individuelle wie gemeinsame Formen des Handelns zu verstehen, die jeweils Konzeptionen von Einzelpersonen oder Personengruppen betreffen können bzw. aus ihnen resultieren¹⁾. Es ist ein zielgerichtetes, am „Vertrauen auf die eigene Kraft“ (Self-Reliance) orientiertes Handeln. Weitestgehende Partizipation im Sinne von Mitentscheidung in allen Projektphasen – von der Planung und Durchführung bis zur Evaluierung und Nachbetreuung – charakterisiert das Selbsthilfe-Konzept. Selbsthilfe kann ein Anstoß sein nicht nur zur Problemlösung

in unterentwickelten Regionen. Sie kann als Katalysator einen politischen Prozeß anregen und am Leben erhalten, der Macht umverlagert und etablierten staatlichen Bürokratien Grenzen setzt. Selbstbewußtsein, Wissen und optimistisch zielgerichtete Tatkraft sind einige Grundelemente, die entsprechende Formen, Methoden und Inhalte voraussetzen. In der Empfehlung des Deutschen Bundestages zur „Armutsbekämpfung durch Hilfe zur Selbsthilfe“²⁾ wird betont, wie wichtig für die Adressaten in der Entwicklungszusammenarbeit „der Raum zur Entfaltung ihrer eigenen Kräfte“ ist.

II. Voraussetzungen für Selbsthilfe

1. Föderale, horizontal-strukturierte Schutzorgane

Noch schwach entwickelte demokratische Selbstorganisationen können am effektivsten durch eine Art Föderalismus geschützt werden, der durch folgende Merkmale gekennzeichnet ist:

1. Er steht *instrumentell* dem Verlangen nach „immer mehr Staat entgegen“³⁾.
2. Intern bietet der Föderalismus eine „*elementare Beweglichkeit*“ innerhalb eines festeren Gehäuses⁴⁾, wodurch Konflikte geschlichtet und Bürgerkriege verhindert werden könnten.
3. Als *staatlich-gesellschaftliches System* kann er identifiziert werden mit Freiraum, Handlungsspiel-

raum, mit der Freiheitsidee als Kontrast zum zentralistisch verfaßten bürgerlichen oder sozialistischen Staat. Diese Art Föderalismus ist eminent pluralistisch in Form und Inhalt.

4. Aus *sozialer Sicht* wird er zum „gesellschaftlichen Prinzip“⁵⁾ kooperativer Gegenseitigkeit.

5. Unter Formaspekten kann festgehalten werden: Die Form verliere ihren Wert, wenn „sie nicht die *Form des Inhalts* ist“⁶⁾. Dies heißt, daß nur inhaltlich auszumachen ist, ob es sich um eine föderale Politik handelt.

2. Netzwerke

Dort, wo der Staatsapparat zu ineffizient ist, über keine ausreichenden Ressourcen verfügt und lokalen Initiativen mißtraut, bedarf es der Netzwerke, die Freiräume für Eigeninitiativen schützen, institutionell und programmatisch füllen und demokratische Prozesse im Interesse der Problemlösung am Leben halten. Charakteristisch für die in Netzwerken verborgenen Formen neuer Gesellschaften

1) Vgl. W. W. Engelhardt, Selbsthilfe, in: Evangelisches Staatslexikon, hrsg. von T. Schober u. a., Stuttgart-Berlin 1980.

2) Deutscher Bundestag, Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP: Armutsbekämpfung in der Dritten Welt durch Hilfe zur Selbsthilfe, 11. Wahlperiode, Drucksache 11/6137, Bonn, 19. 12. 1989.

3) F. Niederl, Grundlagen und Prinzipien des föderativen Prinzips, in: K. Assmann u. a. (Hrsg.), Föderalismus. Bauprinzip einer freiheitlichen Grundordnung in Europa, München 1978.

4) P. Lerche, Mitbericht, in: H. Bülck u. a. (Hrsg.), Föderalismus als nationales und internationales Ordnungsprinzip, Berlin 1964.

5) T. O. Hügin, Föderalismus als Alternative. Eine kategorienhistorisch-theoretische Studie zur Politik des Johannes Althusius (1557–1638), unveröffentl. Habilitationsschrift, Universität Konstanz 1983.

6) W. D. Narr u. a., Theorie der Demokratie, Stuttgart u. a. 1971.

sind eine verbesserte Gleichstellung der Mitglieder, geeignete Organisationsformen und „voller Spielraum“ für individuelle Initiativen; ein Organismus, bestehend aus einer „Vielheit von Assoziationen, die sich zu allen gemeinsamen Arbeit erfordernden Zwecken zusammenschließen“⁷⁾. Ihre Initiativen und Organisation erstrecken sich landesweit oder über mehrere Länder.

Im Fall der Entwicklungspolitik werden Netzwerke aller Kontinente koordiniert von der mexikanischen „Promoción del Desarrollo Popular“, die einmal im Jahr eine weltweite Konferenz einberuft und das in der „Society for International Development“ (SID) in Rom gegründete „grass roots initiatives and strategies“ programme (gris) weiterentwickelt. Diese u. a. von Misereor kofinanzierte mexikanische Nichtregierungsorganisation (NRO) setzte ihre Erfahrungen der Selbsthilfe nach dem Erdbeben in Mexiko von 1985 in einer Weise um, daß aus der Fülle ähnlicher Gruppen und Netzwerke die verhasste Staatspartei PRI (Partido Revolucionario Institucionalizado) bislang von ihr besetzte Politikfelder an demokratische Selbstorganisationen abgeben mußte.

Die klassische Bedeutung von Netzwerken skizzierte Fürst Kropotkin zu einem Zeitpunkt, als er sich persönlich bei Lenin beschwert hatte über die Zerstörung lokaler demokratischer Gemeinschaftsformen. Johan Galtung bezeichnete Kropotkin als den bedeutendsten politischen Denker Rußlands für die Zeit nach der KPdSU-Herrschaft⁸⁾. Was bereits jetzt an Stadt-Umland-Planung im Großraum St. Petersburg bekannt wird (Stand: September 1991), erinnert an ähnliche Organisationen im Umland Barcelonas Ende der dreißiger Jahre, nachdem der Zentralstaat zerfallen war⁹⁾. Vor dem empirischen wie theoretischen Hintergrund und der Bedeutung Kropotkins auch für das damalige Spanien erscheint die klassische Netzwerk-Konzeption erneut aktuell für lokale, selbstbestimmte Problemlösungen – ungeachtet des kulturellen Kontexts:

„Wir bemerkten bei den gesitteten Völkern den Keim zu einer neuen Gesellschaftsform, der die alte weichen mußte. Diese neue Gesellschaft besteht aus einander gleichgestellten Mitgliedern, die nicht mehr gezwungen sind, Haus und Kopf an andere zu verkaufen und von diesen in beliebiger, planloser Weise ausnützen zu lassen; sie können

vielmehr ihre Kenntnisse und Fähigkeiten zielbewußt der Produktion zuwenden im Rahmen eines Organismus, der vermöge seines Aufbaues alle auf die Gewinnung des größtmöglichen Gesamtbetrages der allgemeinen Wohlfahrt gerichteten Bestrebungen zusammenfaßt und dabei für die individuelle Initiative vollen Spielraum läßt... Alle diese Gruppen wirken in freier gegenseitiger Vereinbarung zusammen, ganz wie jetzt die Eisenbahngesellschaften oder die Postverwaltungen der verschiedenen Länder zusammenarbeiten, ohne daß eine Zentralbehörde für Eisenbahnen oder Posten bestände und obwohl jene rein egoistische Zwecke verfolgen und diese zu verschiedenen oft einander feindlichen Staaten gehören, oder wie die Meteorologen, die Alpenvereine, die englischen Lebensrettungsstationen, die Radfahrer, die Lehrer usw. miteinander zu gemeinnützigen, zu rein geistigen Zwecken oder auch nur des Vergnügens halber einander die Hände reichen. Es besteht volle Freiheit zur Entwicklung neuer Formen in der Produktion, Erfindung und Organisation, die individuelle Initiative findet Anregung und Unterstützung, während der Neigung zur Gleichförmigkeit und Vereinheitlichung entgegengearbeitet wird.“¹⁰⁾

Hüglin spricht bezüglich des Föderalismus im Sinne der hier erwähnten Politik durch *Assoziationen* von der „ökologischen Gemeinschaftsstruktur als eigentlicher Verwirklichung der gesellschaftlichen Natur des Menschen von der *Kooperation autonomer Verbände* im möglichst transparent-überschaubaren Netzwerk – ‚web of life‘ – einer zusammengesetzten ‚communitas communitatum‘“¹¹⁾. Was für Europa und Rußland galt und gilt, wurde über Tolstoj von Mahatma Gandhi für das sich von den Engländern befreiende Indien aufgegriffen und propagiert. Dies ist bis heute für alle Netzwerke, sowohl für die Regionen als auch für Stadtteile in den Metropolen der Dritten Welt, relevant.

3. Basis-Methode der Entwicklungspolitik

Subjekte statt Objekte der Politik

Wenn demokratische Grundrechte wie Selbstorganisation, Meinungsfreiheit und Bürgerbeteiligung eingehen in den Planungs- und Implementierungsprozeß, dann ist die Basis-Methode, der *Dialog zwischen Subjekten*, ein zentraler Baustein für Entwicklungspolitik. Die sowohl vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) in der Arbeitsgruppe „Armutsbekämpfung durch

⁷⁾ Vgl. P. Kropotkin, *Memoiren*, Frankfurt/M., 1969, S. 470f.

⁸⁾ Vgl. J. Galtung, *The Politics of Self-Reliance*, in: J. Galtung/P. O'Brien/R. Preiswerk (Hrsg.), *Self-Reliance: Concepts, Practice and Rationale*, Geneva 1980.

⁹⁾ Vgl. G. Leval, *Das libertäre Spanien*, Hamburg 1976.

¹⁰⁾ P. Kropotkin (Anm. 7), S. 470f.

¹¹⁾ T. O. Hüglin (Anm. 5), S. 13.

Selbsthilfe“ einbezogenen Erfahrungen von Aktionsforschern in der Dritten Welt als auch die vom Deutschen Bundestag empfohlenen Aktionsforschungs- und Dialogprogramme¹²⁾ fördern mehr als Hilfe zur Selbsthilfe: Vor dem Hintergrund der von den Vereinten Nationen finanzierten Aktionsforschungsvariante „Forschung und partizipatorische Aktion“ (IAP – Investigación y Acción Participativa) wissen wir, daß Selbsthilfe als Teil eines politischen Prozesses dauerhaft fortwirken, Alltagsprobleme lösen helfen und Gesellschaften erneuern kann. Mit dieser Methode wird ein historisches Projekt angestrebt, das im folgenden am Beispiel von Partizipation erläutert wird.

Forschung und partizipatorische Aktion

Welche Methode ist möglich und sinnvoll, Selbsthilfe anzuregen und zu planen, um erstens innergesellschaftlich partiell souverän sein zu können, damit zweitens in föderalen Formen entsprechende Inhalte umsetzbar werden? Es gibt verschiedene Vorstellungen von Partizipation, die in Regierungs- und UN-Entwicklungsprogrammen eingeflossen sind. Eine der am weitesten reichenden Konzeptionen von Partizipation mit einer Aktionsforschungsvariante, wie sie das Internationale Arbeitsamt (ILO) und die kanadische Regierung gefördert haben¹³⁾, strebt ein Projekt an, für das Partizipation das Aufbrechen traditioneller Beziehungen der Unterwerfung und Abhängigkeit bedeutet, „in der die Subjekt-Objekt-Asymmetrie umgewandelt wird in eine echte offene Beziehung zwischen Subjekten in allen Aspekten des Lebens von den wirtschaftlichen und politischen bis zu den innenpolitischen und wissenschaftlichen.“¹⁴⁾

Die dieses Ziel verfolgende Methode „Forschung und partizipatorische Aktion“ versucht, tradiertes populäres Wissen aufzuwerten und, wo möglich, einzusetzen. Das politische Ziel ist die schrittweise Überwindung der historisch gewachsenen Abhängigkeit von ehemaligen Kolonialmächten und multi-nationalen Konzernen. Zentrales Mittel ist das unter der lokalen Bevölkerung vorhandene Wissen, das teilweise aus der Vergessenheit geborgen werden muß. Ihre Verfechter in der Dritten Welt gehen davon aus, daß diese Methodologie demokratische Selbstentfaltung fördern und schrittweise zu einer anderen Politik führen kann.

Partizipation durch Wissen als real existierende Macht des Volkes

Die „Investigación y Acción Participativa“ (IAP) argumentiert in Anlehnung an das Baconsche Axiom „Wissen ist Macht“. Es wird davon ausgegangen, daß das kollektive Erinnerungsvermögen, tradiertes Wissen und Erfahrungen bei entsprechendem Sozialverhalten und Organisiertheit einen Machtfaktor eines Volkes oder einer lokalen Gemeinschaft darstellen kann. Macht in Gruppen und Gemeinschaften, die relativ benachteiligt sind, wird tendenziell zur *Gegenmacht*. Demokratisch verfaßte Gegenmacht des Volkes kann durch genügend kreative und transformierende Kraft die Macht von Bürokratien schwächen, Entscheidungen beeinflussen und ihre Implementierung modifizieren. Das eigene lokal vorhandene Wissen und das Wissen Dritter wird so zu artikulieren und zu systematisieren versucht, daß sie Protagonisten gesellschaftlichen Fortschritts wie der Verteidigung ihrer Gruppeninteressen werden.

Eine Grundlage der IAP-Arbeit besteht im Prozeß des Kennens und sich Erkennens. Dadurch wird die etablierte Wissenschaft entmythologisiert. Sie wird als Kulturprodukt betrachtet mit Werten, Zielen und Interessen derjenigen Gruppen, die sie fördern. Das im Volk vorhandene Wissen, seine Informationen und Bedürfnisse sind auf andere Formen, Inhalte und Ziele ausgerichtet als die etabliert-elitäre Vorgehensweise und Wissenschaft. Die lokalen Informantengruppen sind integraler Bestandteil des Wissens-, (Selbst-)Organisations- und Machtprozesses. Wissen und Einfluß stützen sich somit im politischen Prozeß auf die Basis. Das kollektive Erinnerungsvermögen und das Aufarbeiten der eigenen Geschichte fördert die Forschung außerhalb akademischer Institutionen. Eine belebte Volkskultur kann zu gesteigertem Selbstbewußtsein führen, das Selbststeuerungswillen und -kapazität mehrt, also ein Volk tendenziell souveräner macht. Es löst frühere Abhängigkeiten – u.a. von Intellektuellen, deren avantgardistische Rolle heute überholt ist. Foucault drückt dies folgendermaßen aus: „Früher glaubte man, der Intellektuelle sage jenen die Wahrheit, die sie noch nicht sahen, und im Namen derer, die sie nicht sagen konnten: Er war Bewußtsein und Sprache.“¹⁵⁾ Inzwischen entdeckten die Intellektuellen „unter dem Druck der jüngsten Ereignisse ..., daß die Massen sie gar nicht brau-

¹²⁾ Vgl. Deutscher Bundestag (Anm. 2), S. 7.

¹³⁾ Vgl. O. Fals Borda, *Conocimiento y Poder Popular*. Siglo XXI, México 1985.

¹⁴⁾ Ders., *A Rediscovery of Wisdom as Power*. SID – 18th World Conference, Rome, July 1–4, 1985, S. 2.

¹⁵⁾ M. Foucault/G. Deleuze, *Die Intellektuellen und die Macht*, in: M. Foucault, *Von der Subversion des Wissens*, Frankfurt/M. 1987, S. 107.

chen, um verstehen zu können; sie haben ein vollkommenes, klares und viel besseres Wissen als die Intellektuellen, und sie können es sehr gut aussprechen.“¹⁶⁾ Diese stark reduzierte Rolle von Eli-

ten, hier am Beispiel der Intellektuellen ausgedrückt, stärkt den relativ autonomen Gestaltungswillen kleiner Gliedgemeinschaften, wie es das Subsidiaritätsprinzip will.

III. Empirische Fälle

Ethnische und kleinbäuerliche Dorfgemeinschaften in der Dritten Welt sind trotz kolonialer und nachkolonialer Abhängigkeiten in ihrer gegenseitigen Hilfsbereitschaft noch nicht so zerrüttet (im Sinne des Subsidiaritätsprinzips) wie in Industriegesellschaften. Die Entwicklung von der Gemeinschaft zur Gesellschaft trifft aber auch hier zu: Die fortschreitende Entwicklung verläßt tendenziell die lange praktizierte gegenseitige Hilfe in Gemeinschaften und bewegt sich hin zur modernen Gesellschaft. Aufgrund des weitverbreiteten Gemeinschaftssinns in der Dritten Welt und ungeachtet kolonialer und nachkolonialer Zerstörung gewachsener Strukturen ist jedoch immer noch, auch wenn es oft nur noch Restbestände an bewährten Verhaltensweisen gibt, eine Rekonstruktion von Altbewährtem und seine unmittelbare Einbeziehung in standortgerechte sowie kulturangepaßte Programme und Projekte möglich.

1. Die Dorfgemeinschaftsräte der Paez-Indios

Bei den Paez-Indios¹⁷⁾ Südkolumbiens ernennt und entläßt die Dorfgemeinschaft die Amtsträger im „Cabildo“. Dieser Indio-Rat hat das Recht, Konflikte zu schlichten, Land zu verteilen und die Landgröße entsprechend der Familiengröße zuzuteilen. Er bestimmt alle Gemeindeangelegenheiten. Die Gemeinschaft betrachtet sich als souverän und setzt zur Regelung der Außenbeziehungen einen Cabildo-Gouverneur ein. Der Cabildo ist Träger der Souveränität¹⁸⁾ der Dorfgemeinschaft. Die koordinierten Aktionen der Cabildos der Nachbargemeinschaften und ihre Interessenorganisation, der Regionale Indio-Rat des Cauca-Tals (CRIC – Consejo Regional Indígena del Cauca) sind zusammen im oberen Cauca-Tal die Träger

der stammesinternen Souveränität. Der Consejo Regional Indígena del Cauca (CRIC) ist eine Art Netzwerk mit quasi-föderalen Schutzfunktionen im Sinne autonom-subsidiären Entwicklungsgeschehens.

2. Lokale Politik in der Sozialphilosophie Mahatma Gandhis

Im Entwicklungsdenken Mahatma Gandhis, in welchem sich die politisch-philosophische Tradition des ländlichen Indiens wiederfindet, gibt es eine erstaunliche Parallele zur lokalen Souveränität der Paez-Indios der letzten Jahrhunderte und ihrer Selbstbestimmung über die Cabildos. Bei Gandhi ist jedes Dorf als relativ souveräne „village-republic“ zu verstehen. Außenbeziehungen und interne Politik bestimmen der Ältestenrat. Subsistenzwirtschaft, lokale Autonomie und Autarkie sind das Hauptziel der Dorfrepublik. Der indische Subkontinent setzt sich zusammen aus Tausenden ländlichen „Miniaturrepubliken“.

Selbstregierung (Swaraj)

Eine Voraussetzung für die Demokratie (Sarvodaya) bei Gandhi ist immaterieller Art. Sie beruht auf einer besonderen Charakter-Struktur ihrer Bürger, die vom gelebten politischen Bewußtsein nicht zu trennen ist. Swaraj bedeutet bei ihm nichts anderes als Selbstbeherrschung bzw. Selbstregierung. Wer die Moralgesetze als Grundlage der Selbstbeherrschung befolgt, betrügt nicht, bleibt bei der Wahrheit und erfüllt seine Pflichten innerhalb der Gemeinschaft. Ein solcher Mensch ist schon im Genuß der Swaraj, gleichgültig wo er lebt. Ein Staat besitzt Swaraj, wenn er sich einer großen Zahl solcher guter Bürger rühmen kann. Der Staat wird gebildet von der Vielzahl der sich den Werten des Sarvodaya, des Swaraj und Self-Reliance gemäß verhaltenden Bürger. In ihnen liegt der Kern der Gesellschaft, nicht in Organisationen wie Parteien, Verbänden, Parlamenten oder Staatsapparaten. Diese Auffassung bestimmt den Ausgangspunkt für Veränderungen.

¹⁶⁾ Ebd.

¹⁷⁾ Vgl. S. Reissig Ortiz, *Uncertainties in Peasant Farming. A Colombian Case*, New York 1973. Siehe auch P. Moßmann, *Selbsthilfe in der Dritten Welt*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 35/89, S. 3–11.

¹⁸⁾ Wenn hier von innergesellschaftlichen Formen der Souveränität die Rede ist, verstehen wir sie nicht juristisch, sondern soziologisch im Sinne einer „Vielzahl von Herrschaftsverbänden“. Vgl. H. Quaritsch, *Staat und Gesellschaft*, Bd. 1, Frankfurt/M. 1970, S. 421.

In einer „gewaltlosen Demokratie“ unter Bedingungen der Selbstregierung, wie sie sich Gandhi vorgestellt hat, wird „gleiche Freiheit für Alle herrschen. Jeder wird sein eigener Herr sein“¹⁹⁾. Dies heißt in unserem Kulturverständnis, er wird ein zu einem eigenen Urteil fähiger Staatsbürger werden. Gandhi setzt analog dem Self-Reliance-Denken das Individuum ins Zentrum. Er geht davon aus, jedes Land sei „fähig, seine eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln, so schlecht es auch dabei zugehen mag“²⁰⁾.

Ohne den Begriff zu erwähnen, fordert Gandhi Souveränität für die jeweiligen Gliedgemeinschaften, wie dies dem Subsidiaritätsdenken entspricht. Geradezu weitblickend charakterisiert er seine Demokratievorstellung: „Selbstregierung bedeutet ein ständiges Mühen, sich von der Kontrolle durch eine Regierung unabhängig zu machen, sei dies nun eine fremde oder eine nationale Regierung“²¹⁾. Sich von der Regierungskontrolle befreien heißt, sich teilweise vom Zentralstaat abkoppeln. Aus der Sicht des Self-Reliance, der Kritik an Negativerscheinungen des Sozialstaats sowie aus der Perspektive alternativer Lebensformen in westlichen Industriegesellschaften erscheint es bemerkenswert, wenn er betont: „Eine Swaraj-Regierung wird eine traurige Angelegenheit sein, wenn die Leute von ihr verlangen, daß sie jede Einzelheit ihres Lebens in die Hand nehmen soll...“²²⁾.

Dies deutet auf eine Absage an obrigkeitstaatliches Ordnungsdenken und blinde Gesetzestreue hin. Unter einer solchen Swaraj versteht Gandhi diejenige Regierung Indiens, die vom Volk die Zustimmung hat. Wählen dürfte nur derjenige, der dem Staat durch manuelle Arbeit gedient hat. Außerdem müßte er sich registrieren lassen. Die Forderung zu tätiger Mitarbeit und vor allem zum Broterwerb hat Gandhi als Anregung aus dem zaristischen Rußland übernommen. Es sind die Empfehlungen Kropotkins zu subsistenzorientierter Lebensweise und gegenseitiger Hilfe²³⁾ sowie Tolstojs „Brot-Arbeit“²⁴⁾. Selbstregierung im Sinne des Gandhischen Swaraj hängt nicht ab von der Autorität einiger weniger. Vielmehr setzt sie voraus: „... daß alle die Fähigkeit erwerben, der

Autorität zu widerstehen, wenn sie mißbraucht wird“²⁵⁾. Dies erfordert Selbstverwirklichung, Nicht-Entfremdung. Beides fällt bei Gandhi in der Religionsausübung bzw. der Funktion, die er der Religion zuschreibt, zusammen²⁶⁾. Swaraj, Selbstregierung, Selbstbestimmung, Souveränität, weitestgehende Partizipation, Freiheit und Demokratie im Sinne der normativen Demokratietheorie²⁷⁾ werden erst möglich, wenn „... die Massen dazu erzogen werden (und bereit sind, P.M.), die Regierungsarbeit zu regulieren und zu kontrollieren“²⁸⁾.

Der sich selbstverwirklichende Mensch, der falscher Autorität trotzt, Regierungen kontrolliert und seine Dörfer selbst regiert, indem er sich und seine Alltagsbelange selbst bestimmt, führt die Tradition im guten Sinne fort. Der Gandhi-Jünger Vinoba Bhave fragte sich angesichts eines solchen Swaraj: „Wo ist meine Selbstregierung, meine Selbstbeherrschung, wenn ich unter der Herrschaft eines anderen stehe? Selbstregierung bzw. Selbstbeherrschung bedeutet, sich durch seine eigenen Verhaltensregeln zu bestimmen. Es ist ein Charakteristikum des ‚swaraj‘, es keiner Macht der Welt außerhalb seiner selbst zu erlauben, Kontrolle über sich auszuüben. Das zweite Charakteristikum des ‚swaraj‘ heißt keine Unterwerfung und keine Ausbeutung.“²⁹⁾

Bei Vinoba Bhave fällt die Forderung nach dem Ausschalten des Einflusses jeglicher weltlicher Macht außerhalb seiner selbst zusammen mit der Gottesvorstellung der Einheit von Mensch und Gott wie bei Meister Eckehart³⁰⁾. Es deckt sich mit dem Denken Spinozas, der versucht, „in Einklang mit der Natur“³¹⁾ zu leben und mit dem aktiven Menschen bei Fromm, der aus einer inneren Aktivität heraus Geschichte gestaltet, indem er sich gibt, wie er ist und nicht durch Besitz und Habgier entfremdet wird³²⁾. Bei Gandhi und Vinoba Bhave liegt die Ebene des Aktiv-Seins nicht in einer

²⁵⁾ M. K. Gandhi (Anm. 19).

²⁶⁾ Hier im Sinne eines Ziels individueller, innergesellschaftlicher wie außenpolitischer Selbstbestimmung. Vgl. M. K. Gandhi, *Handeln aus dem Geist*, Freiburg 1977, S. 76.

²⁷⁾ Vgl. P. Bachrach, *Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft*, Frankfurt/M. 1970.

²⁸⁾ M. K. Gandhi (Anm. 19), S. 84.

²⁹⁾ Vinoba erinnert hier an den Souveränitätsgedanken, bezogen auf das Individuum. Vgl. Vinoba Bhave, *Democratic Values*, Prakashan 1962, S. 13 f. Vgl. auch Society for International Development, *Estrategías de Organizaciones de Base en la Crisis Regional – taller latinoamericano de redes*, México 1984.

³⁰⁾ Vgl. Meister Eckehart, *Deutsche Predigten und Traktate*, München 1979.

³¹⁾ B. de Spinoza, *Die Ethik*, Stuttgart 1976.

³²⁾ Vgl. E. Fromm, *Haben oder Sein*, Stuttgart 1976, S. 29.

¹⁹⁾ M. K. Gandhi, *Sarvodaya – „Wohlfahrt für Alle“*, Bellnhausen 1953, S. 84.

²⁰⁾ Ebd., S. 84.

²¹⁾ Ebd.

²²⁾ Ebd.

²³⁾ Vgl. P. Kropotkin, *Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt*, Berlin 1977.

²⁴⁾ Vgl. G. OSTERGAARD/M. CURRELL, *The gentle anarchists*, Oxford 1971.

staatlichen Planungsbürokratie, wo im Westen nach dem Zweiten Weltkrieg Entwicklung geplant wurde oder in Zentralkomitees wie im real existierenden Sozialismus, sondern im unmittelbaren Lebens- und Arbeitsmilieu auf Dorfebene.

Wo Selbstregierung verwirklicht werden soll, ist politische Kontrolle und Lenkung von unten und aus dem Innern des Menschen Voraussetzung. Daher fordert Gandhi, der Autorität müsse widerstanden werden, wenn sie mißbraucht wird. Großbetriebe und Großbürokratien sind zur Problemlösung im Bereich der Alltagsbedürfnisse sehr oft untauglich. Sie sind unkontrollierbar geworden – somit auch der Staat als komplexes Sozialgebilde! Ausnahmen bilden relativ kleine Staaten mit niedrigen Einwohnerzahlen.

Das Dorf als „Miniaturrepublik“

Aus moderner Sicht müssen Gandhis Vorstellungen abwegig erscheinen: Rückkehr auf das Dorf als Ablehnung moderner Errungenschaften? Dies gilt als reaktionär, wie es Mehring für Tolstoj und Glasenapp für Gandhi feststellten. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß sowohl das Individuum als auch das abgelegenste Dorf Teile einer weltumspannend-ozeanischen Weite sind. Damals, noch zu Lebzeiten Gandhis, verstanden diesen Entwurf nur verhältnismäßig wenige. Heute nähert sich das alternative Bewußtsein mehr der östlichen und damit indischen Philosophie³³). Wenn also nachfolgend von Dörfern die Rede ist, so deshalb, weil dieser Ansatz zum Teil zu einer übergeordneten Staats- und Gesellschaftsphilosophie wurde, die Schwerpunkte der politischen Entscheidungsbildung anders setzt; Entscheidungsbildung und deren Implementierung wurden dezentral auf der Dorfebene angesiedelt.

In einer aus zahllosen Dörfern zusammengesetzten Gesellschaft soll es nach der Skizze Gandhis keine hierarchisch-herrschaftsbestimmten, sondern horizontal-kooperierenden Beziehungen geben. Die pyramidenförmige Gesellschaftsformation mit einer alles überragenden Spitze wird überwunden. Die Selbstregierung auf Dorfebene (gram swarajya)³⁴) hebt, pointiert formuliert, den neuzeitli-

chen Zentralstaat de facto auf, wenn er auch noch de jure weiterexistiert und einige Funktionen erfüllen kann.

Dieses Strategiekonzept, das sich den Self-Reliance-Vorstellungen nähert, wird inzwischen vier Jahrzehnte danach im UNO-Institut für Entwicklungsfragen von westlichen Projektleitern akzeptiert und ist Teil weltweiter, wenn auch (noch) nicht dominierender Entwicklungsanstrengungen geworden³⁵). Von außen soll auf den Kreis kein zwanghafter Einfluß ausgeübt werden. Zentrum-Peripherie-Bestrebungen stehen dieser Auffassung entgegen. Kraft und Festigkeit kommt von innen: Man vertraut und verläßt sich auf die eigenen Fähigkeiten und Ressourcen. Self-Reliance heißt hier: Jedes indische Dorf sollte zu einer Republik werden. In dieser egalitären Strategievorstellung Gandhis solle es „keine Ersten und keine Letzten mehr geben“³⁶).

Neben Gleichheit gesellt sich ein weiterer Grundsatz: Macht(-Konzentration) muß weitgehend aufgelöst werden, wenn Tyrannei und Ausbeutung verhindert werden sollen. Kommunen werden als Basiseinheiten für die soziale Organisation betrachtet. Vollständige Autonomie charakterisiert das interne Kommuneleben und ihre Selbstregierung. Für die Abwicklung von Geschäftsbeziehungen, die mit anderen Kommunen nötig werden, ergibt sich eine Art Föderalstruktur: Diese koordiniert die Politik auf regionaler, nationaler und überstaatlicher Ebene. Für Sarvodayites ist das Dorf bzw. die Siedlung die Basiseinheit. Jedes Dorf ist eine „Miniaturrepublik“ mit Verbindungen zu anderen Dörfern³⁷). Das gesellschaftliche Leben ist weltweit, frei und basisorientiert durch interdependente Kreise. Ein solchermaßen dezentralisiertes Gemeinwesen impliziert eine dezentralisierte Ökonomie. Industrieanlagen in großen Industriezentren wären zu vermeiden bzw. auf ein Minimum zu beschränken. In Dörfern sollten Industrie- und Handwerksbetriebe angesiedelt werden³⁸). Dadurch werden in Dörfern oder Dorfgruppen kleine agroindustrielle Zentren möglich. Diese können die Gemeinschaft zum Selbstversorger machen, wodurch die Grundbedürfnisse der Bevölkerung befriedigt werden können.

³³) Vgl. die weltweite Koordination von Entwicklungstätigkeiten der Nichtregierungsorganisationen, die von Mexiko ausgeht: Promoción del Desarrollo Popular (PDP), Proyectos de iniciativa popular: cambio y desarrollo. diseño, implementación y evaluación, México 1984.

³⁴) Zum Bericht aus dem Jahr 1832 von Sir Metcalfe über „village communities“ als „little republics“ und den Einfluß des Berichts auf die Diskussion in Europa und Indien vgl. D. Kantowsky, Sarvodaya, New Delhi 1980.

³⁵) Vgl. J. Galtung (Anm. 8).

³⁶) M. K. Gandhi (Anm. 19).

³⁷) Vgl. G. Ostergaard/M. Curell, The gentle anarchists, Oxford 1971, S. 34.

³⁸) Vgl. J. C. Kumarappa, Why the Village Movement?, Kashi 1958.

Erfahrungen mit mangelnder Effizienz des Staatsapparats, Interessendivergenzen und Strukturzusammenhänge des Politischen führten zu einer Haltung, nach der jene, die selbst für wohltätige Zwecke politische Macht anstreben, unvermeidlich von der Machtausübung korrumpiert werden. Ein Inder sagte dazu: „Wenn wir anstelle jener

säßen, die sie ausüben, würden wir uns sehr ähnlich verhalten. Dies kennzeichnet den Sitz der Macht: Wer ihn immer innehat, erhält Scheuklappen.“³⁹⁾ Das Problem der Korruptierbarkeit kann durch eine mehrjährige Phase der Nicht-Wählbarkeit gelöst werden. Dies wird z.B. von den Paez auf Siedlungsebene in ihren Cabildos praktiziert.

IV. Schwierige Übertragbarkeit unterschiedlicher Erfahrungen und theoretischer Konstrukte

Wenn wir die beiden Fälle der Dorfgemeinschaftsräte der Paez-Indios und der lokalen Selbstregierung in der Tradition Gandhis vergleichen, so stellen wir fest, daß der Ort der Entscheidungen, der Implementierung, der Kontrolle und des Wissens auf lokaler Ebene liegt. Einflüsse von außen bedürfen der internen Zustimmung, Selbstorganisation, Selbststeuerung und kulturelle Identität sind Stützpfiler lokaler Autonomie. Sie sind gleichzeitig eine Voraussetzung für die Befähigung zur Selbsthilfe und die Errichtung von Grenzen für den Zentralstaat, damit u. a. das Recht auf Subsidiarität nicht verletzt wird. Der Gemeinschaft steht in diesem traditionellen Souveränitätsdenken selbst die höchste Gewalt zu. Sie hat die Macht, von außen kommende Gesetze durch Gewohnheitsrecht zu relativieren, im Falle von zentralstaatlicher Übermacht zu unterlaufen oder ihre gewaltsame Anwendung zu verhindern.

Hier treten Selbstorganisation von unten und horizontale Vernetzung als Kontrollinstanz auf gegen die von außen und oben (der Hauptstadt oder dem Ausland) implantierte Gewaltenteilung. Priorität haben lokale, von unten und horizontal sich ausbreitende Politikmuster und die von ihnen dem Staat gesetzten Schranken, was in der Sache eine Neudefinition der Staatsfunktionen in bezug auf innergesellschaftliche Souveränität und Subsidiarität erfordert.

Das Denken Gandhis erlitt mit der staatlichen Unabhängigkeit und durch die eigenwillige Politik seiner Nachfolger einen Bruch: Indira und Rajiv

Gandhi erklärten den Anführer der Unabhängigkeitsbewegung zu einem Heiligen – und vergaßen seine Lehren, ja stellten sie auf den Kopf, indem sie nach Moskauer Vorbild zentralstaatliche Instanzen den gewachsenen Miniaturrepubliken und Kulturen überzustülpen versuchten.

Zur Kolonialzeit und danach erging es den Paez in Kolumbien ähnlich: Eindringlinge von außen, seien es Spanier oder ihre lokalen Abkömmlinge, die „criollos“, nahmen das Land in Besitz, schmälerten die Subsistenzbasis bis heute und machten aus den Mechanismen einer jahrhundertealten Kultur ein Stückwerk, von dem mancherorts nur noch Ansätze zur Renaissance und neotraditionalen Reform übrigblieben. Trotz aller modernen zerstörerischen Einwirkungen ist die Basis für Selbsthilfe angesichts des weitgehenden Scheiterns vergangener Entwicklungsdekaden mit ihrer Priorität für planerische Eingriffe von oben jedoch nicht unrealistisch.

Solange die Befähigung zur Selbsthilfe stärker wird, wird es auch der Gegenmacht eines Stammes, eines Dorfs bzw. einer Gemeinschaft tendenziell gelingen, in ihrer Vernetzung und in spezifischen Allianzen der Staatsgewalt gegenüberzutreten. Soll Subsidiarität in Gemeinschaften der Dritten Welt Anwendung finden, bedarf es der Teilübertragung von Souveränität an lokale, regionale und ethnische Gemeinschaften und ihre Interessenorganisationen. Wie schwierig die Übertragbarkeit empirischer Erfahrungen ist, lehren uns nicht nur die Dekaden vergangener Entwicklungspolitik. Auch der Export westeuropäischen Verfassungsdenkens in die jungen Republiken Lateinamerikas (nach 1810) zeigt die Grenzen der Anpaßbarkeit kultur- und ortsfremder Prinzipien und Praktiken an lokale Bedürfnisse und Strukturen.

³⁹⁾ A. H. Doctor, *Anarchist Thought in India*, Bombay 1964, S. 57f.

Winrich Kühne: Deutschland vor neuen Herausforderungen in den Nord-Süd-Beziehungen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/91, S. 3-14

Die Hoffnung, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten in Ruhe betreiben zu können, hat sich angesichts des Drucks globaler und europäischer Probleme als Illusion erwiesen. Der Golfkrieg hat die Kluft zwischen den Vorstellungen der Deutschen über ihre globale Verantwortung und die der internationalen Gemeinschaft sichtbar werden lassen. Insgesamt zwingen die weitreichenden Veränderungen im Norden ebenso wie im Süden die Deutsche Politik, ihre künftige Rolle in den Nord-Süd-Beziehungen und die dort zu setzenden Schwerpunkte grundlegend zu überdenken.

Die Nord-Süd-Beziehungen werden heute nicht mehr vom Ost-West-Konflikt beherrscht, sondern von einer sich kontinuierlich erweiternden Kluft zwischen den drei industriellen Zentren des Nordens, in denen nur ein Drittel der Menschheit lebt, und dem „Rest“ der Welt. Die rasante technologische Innovation und Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität im Norden sind dafür ein wesentlicher Grund, ein immer stärker auseinanderklaffender Lebensstandard sowie wirtschaftlicher Verfall, Hunger, Ausweitung von Krankheiten, Migration etc. in den meisten Entwicklungsländern die Folge. Gleichzeitig nimmt die Zahl gewaltsamer Konflikte vor allem ethno-politischer Natur ständig zu. Ihre humanitären und wirtschaftlichen Auswirkungen sind katastrophal, treffen die Industriestaaten vorerst aber nur indirekt.

Dennoch sind diese Konflikte die entscheidende friedens- und sicherheitspolitische Aufgabe in den Nord-Süd-Beziehungen der neunziger Jahre. Die Politik des wiedervereinigten Deutschlands sollte sich dieser und anderen Herausforderungen nicht entziehen, sowohl aus wohlverstandenen Eigeninteresse als auch aus humanitären Erwägungen. Diese Forderung konfrontiert die politische Führung ebenso wie die Öffentlichkeit zwar nicht mit der Frage von Großmachtspolitik, wohl aber mit der weltpolitischen Verantwortlichkeit. Die Nord-Süd-Beziehungen sind ein Feld, auf dem die deutsche politische Kultur in dieser Hinsicht einen schwierigen Test zu bestehen haben wird.

Manfred Wöhlcke: Die Ursachen der anhaltenden Unterentwicklung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/91, S. 15-22

Der Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, worauf die anhaltende Unterentwicklung beruht und inwiefern sich das internationale Umfeld der Entwicklungsländer nach dem Ende des Ost-West-Konflikts verändert hat. Im Mittelpunkt stehen sowohl die Definition als auch die Ursachen von Entwicklung und Unterentwicklung. Dabei wird herausgestellt, daß die Entwicklungsproblematik in jedem einzelnen Land und in seiner jeweils besonderen historischen Phase gesondert analysiert werden muß, wenn man gehaltvolle Aussagen erwartet und sinnvolle Ansätze für eine Verbesserung der Situation herausarbeiten will. Die These der nachholenden Entwicklung wird insgesamt skeptisch beurteilt. Die Frage, wer an der anhaltenden Unterentwicklung eigentlich „schuld“ sei, führt zu einer Diskussion der externen (internationalen) und der internen („hausgemachten“) Entwicklungshemmnisse. Dabei zeigt sich, daß es sowohl seitens der Industriestaaten als auch seitens der Entwicklungsländer nicht nur Anlaß zu gegenseitiger Kritik, sondern vor allem auch zu Selbstkritik gibt. Abschließend werden die neuen externen Bedingungen für die Entwicklungsländer nach dem Ende des Ost-West-Konflikts angesprochen, wobei die Hoffnung formuliert wird, daß der daraus resultierende Zuwachs an Autonomie zu einem entsprechenden Zuwachs an politischer Verantwortung führt.

Michael Richter/Cyrus Samimi: Agrarökologische Probleme der Tropen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/91, S. 23-31

Die kritische Agrarversorgung in zahlreichen Tropenländern ist in den wenigsten Fällen „naturgegeben“. Zwar sind Hungersnöte zumeist Folgen von relativer Überbevölkerung oder von Bürgerkriegen, jedoch geht die allgemeine Armut der Landbevölkerung häufig auf feudalistische Besitzstrukturen zurück. Diese lassen sich weitgehend als Relikte kolonialzeitlicher Hazienda- und Plantagenformen belegen.

Aber auch die in den Industrieländern entwickelten Methoden des „technofarming“ sind gerade in den Tropen zum Scheitern verurteilt. Die Gründe hierfür liegen in den bodenkundlichen und klimatologischen Eigenheiten der Tropen, für die sich moderne Konzepte der Landnutzung mittlerer Breiten als unzuverlässig erweisen. Statt dessen muß das Nutzungsziel das natürliche Potential der einzelnen Tropenzone berücksichtigen, wobei sich traditionelle Methoden der Bewirtschaftung unter Einbeziehung neuer Erkenntnisse durchaus in moderne Strategien der Produktion sowie der Verarbeitung und Verteilung eingliedern lassen.

Erfolgversprechende Voraussetzungen für eine den agrarökologischen Gegebenheiten gemäßigere landwirtschaftliche Nutzung zeichnen sich erst in jüngster Zeit ab, da zumindest in Lateinamerika und möglicherweise auch in Afrika eine fortschreitende Demokratisierung einen Trendwechsel in den Agrarinteressen erkennen läßt.

Peter Moßmann: Voraussetzungen, Philosophie und Praxis der Selbsthilfe in der Dritten Welt

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/91, S. 32-38

Nach Jahrzehnten relativ erfolgloser Entwicklungspolitik und Zeiten des Zerfalls zentralstaatlicher Macht füllen drängt sich der Rückgriff auf erprobte Verfahren der Selbsthilfe und Entscheidungsabläufe auf. Zu ihr gehört die vermehrte Selbstbestimmung von Gemeinschaften und Dorfgruppen in weit auseinanderliegenden Regionen.

Mittel- bis langfristig aktive Selbsthilfe braucht zur Entfaltung einen sie schützenden Unterbau von lokaler Freiheit, von Gewalten zweiter Ordnung, von „pouvoirs intermédiaires“. Innergesellschaftliche Souveränität, relative regionale Autonomie und horizontal angelegte föderale Strukturen können Freiraum für demokratische Erneuerungen und Problemlösungen schaffen, die allein „von oben“ und hierarchisch-zentralistisch nicht durchsetzbar wären. Das an Subsidiarität orientierte Entwicklungshandeln lokaler (Dorf-)Gemeinschaften bedarf der Unterstützung (Beratung, Schulung, Finanzierung, Verwaltung) und des Schutzes ihrer Initiativen.

Die „Miniaturrepubliken“, wie sie Mahatma Gandhi am Vorabend der Unabhängigkeit Indiens, in den Dörfern als Keimzelle und Grundlage der Souveränität Indiens gesehen hat, finden ihre Entsprechung in den „Cabildos“ der Paez-Indios in Kolumbien: Wissen, Ressourcen, Entscheidungsträger und Kontrollen sind lokal vorhanden und garantierten jahrhundertlang Freiheit und Subsistenz. Die Rekonstruktion verdrängten Wissens, die Mobilisierung lokaler Selbsthilfe und die Renaissance bewährter Verhaltensmuster sowie Entscheidungsabläufe geschehen über verschiedene Aktionsforschungsvarianten und Partizipationsmethoden.